

1/10



P.b.b., Verlagsort 1080 Wien
Zulassungsnummer: GZ 09Z038176 M

Europarifo

Klimawandel & Sicherheit





Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Leserinnen und Leser!

Was braucht der Mensch zum Leben? Nahrung, Wärme, Gesundheit. Ein Dach über dem Kopf wäre auch schön – und die Sicherheit darauf vertrauen zu dürfen, dass man sich über die eigenen Lebensgrundlagen auch in Zukunft keine Sorgen zu machen braucht.

All das ist aber leider nicht selbstverständlich und der Klimawandel trägt sein Übriges dazu bei, dass viele Menschen täglich aufs Neue um ihr Überleben kämpfen müssen. Unsere natürlichen Ressourcen sind begrenzt, Naturkatastrophen wie Überschwemmungen und Dürren nehmen zu, Lebensmittel und Wasser werden knapper, das Potential für bewaffnete Konflikte nimmt zu. Die Sicherheit der Lebensgrundlagen aller Menschen sollte uns ein großes Anliegen sein, denn die Auswirkungen des Klimawandels auf die Lebenssituation anderer Menschen werden uns in Zukunft auch hier in Österreich beschäftigen, dies machen die Beiträge unserer Autorinnen und Autoren deutlich.

Die Welt wird plötzlich groß, wenn man mehr über die Nöte der Menschen am Mekong erfährt – und klein, wenn man sich über die Sicherheit der Reisproduktion in China Sorgen machen muss. Neben einem erschreckenden Ausmaß an Gefahren bieten die Autorinnen und Autoren dieses Heftes aber auch Lösungen: Von Erneuerbaren Energien über die Stärkung der Widerstandskraft von Ökosystemen bis hin zu bilateralen Beziehungen und internationalen Vereinbarungen.

Wir sind aufgerufen hinzusehen und wir hoffen, dass diese Ausgabe des EUropa-Infos ein wenig dazu beitragen kann.

Mit besten Grüßen

Mag^a. Christiana Griesbeck
Assistentin der Geschäftsleitung
Redaktion EUropa-Info

Für Beiträge zu dieser Ausgabe bedanken wir uns bei Aussenminister Dr. Michael Spindelegger, MEP Mag.^a Ulrike Lunacek, NRAbg. Petra Bayr, NRAbg. Ing. Hermann Schultes, NRAbg. Ing. Norbert Hofer, NRAbg. Mag.^a Christiane Brunner, NRAbg. Ing. Robert Lugar, Martin Kremer, Ing. Günther Barnett, Mag.^a Christine Polzin, DI Stephan Lutter, dem IOM, Dr.ⁱⁿ Koko Warner, Mag. Andreas Zahner und Pieter de Pous MSc.

**EU News – der wöchentliche elektronische Newsletter
des EU-Umweltbüros**
Registrieren Sie sich kostenlos unter:
www.eu-umweltbuero.at

Inhalt

Klimawandel als Triebfeder für Verbesserung der globalen Kooperationskultur	S. 3
<i>BM Dr. Michael Spindelegger</i>	
Klimawandel als Chance für radikales Umdenken und Umlenken	S. 4
<i>MEP Mag.^a Ulrike Lunacek</i>	
Die Sicherheit unserer Lebensgrundlagen	S. 6
<i>NRAbg. Petra Bayr</i>	
Abhängigkeiten beenden, Versorgung sichern	S. 7
<i>NRAbg. Ing. Hermann Schultes</i>	
Klimawandel – na und?	S. 8
<i>NRAbg. Ing. Norbert Hofer</i>	
Ist unser (soziales) Klima sicher genug?	S. 9
<i>NRAbg. Mag.^a Christiane Brunner</i>	
Klimaschutz muss zu Hause starten	S. 10
<i>NRAbg. Ing. Robert Lugar</i>	
Ressourcenpolitik ist die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts	S. 12
<i>Mag.^a Christine Polzin, DDI Stephan Lutter</i>	
Klimawandel und Migration	S. 14
<i>Internationale Organisation für Migration</i>	
Auslandseinsätze: Herausforderung "Fragile Situationen"	S. 15
<i>Günther Barnett</i>	
Obdach gesucht: Auswirkungen des Klimawandels auf Migration und Vertreibung	S. 17
<i>Dr.ⁱⁿ Koko Warner</i>	
Nach Kopenhagen ist Klimapolitik erst recht Friedenspolitik	S. 19
<i>Martin Kremer, M.C.L.</i>	
Klimawandel und Armut: Das Rezept für eine unsichere Zukunft	S. 20
<i>Mag. Andreas Zahner</i>	
Nahrungsmittelsicherheit und Wasserversorgung: eine Geschichte über Böden	S. 22
<i>Pieter de Pous, MSc</i>	

Mit unserem Magazin EUropa-Info möchten wir eine Plattform für den Meinungsaustausch über für Österreich relevante EU Themen anbieten. Das Ziel ist ein offener Diskurs, die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Positionen. Die hier vertretenen Meinungen der Autorinnen und Autoren sind demzufolge nicht notwendiger Weise die des EU-Umweltbüros.

Klimawandel als Triebfeder für Verbesserung der globalen Kooperationskultur



Das Risikopotenzial des Klimawandels ist real und seine Auswirkungen sind bereits weltweit sicht- und spürbar. Neben seinen unmittelbaren Auswirkungen in der Umwelt beeinflusst der Klimawandel auch unsere Sicherheit in Österreich und in Europa. Mit diesen Zusammenhängen hat sich die EU schon 2003 beschäftigt. Das Phänomen und das Bewusstsein darüber haben sich seither deutlich verstärkt: Klimawandel ist ein „Bedrohungsmultiplikator“, der bestehende Spannungen und Instabilität verstärkt. Von **Bundesminister Dr. Michael Spindelegger**

Umweltzerstörung, die Knappheit von natürlichen Ressourcen und lebensmitteln, sowie die zunehmende Urbanisierung treten als Verursacher für Krisen und Konflikte vermehrt in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Diese Faktoren sind selten die alleinigen Ursachen für Krisen und bewaffnete Konflikte, aber sie verstärken bestehende Entwicklungskrisen und Armut. So führen durch Verteilungskonflikte ausgelöste Spannungen zwischen ethnischen und religiösen Gruppen zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Auseinandersetzungen.

Die Folgen sind eine Destabilisierung der betroffenen Länder und Regionen und ein steigender Migrationsdruck. Das hat auch direkte Auswirkungen für unsere Sicherheit hier in Österreich. Weiters droht die Zunahme von Katastrophen und humanitären Krisen die jahrelange Aufbauarbeit der Entwicklungszusammenarbeit zu vernichten.

Durch die negativen Folgen des Klimawandels ist also auch die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele gefährdet.

Das zeigt, dass Phänomene in einer globalisierten Welt eng miteinander verknüpft sind. Den komplexen Zusammenhängen zwischen Klimawandel und Sicherheit auf europäischer und internationaler Ebene wirksam zu begegnen, ist eine große Herausforderung.

Lösungen für das 21. Jahrhundert

Um Lösungen für das 21. Jahrhundert zu erarbeiten, brauchen wir ein umfassendes kohärentes Konzept, das außenpoli-

tische, sicherheitspolitische, wirtschaftliche und entwicklungspolitische Maßnahmen verbindet. Ein Beispiel für ein Konzept, das vielfältige Synergien schafft, ist die Umwelt- und Sicherheitsinitiative „ENVSEC“ der NATO, der OSZE, des UNO-Umweltprogramms, des UNO-Entwicklungsprogramms und der UNO-Wirtschaftskommission für Europa. ENVSEC dient als Rahmen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Umweltfragen und fördert Frieden und Stabilität durch Umweltkooperation und nachhaltige Entwicklung.

Internationale Beziehungen: Neue Chancen

Wird die Bedeutung des Klimawandels für die internationalen Beziehungen anerkannt, kann der Klimawandel sogar zu einer positiven Triebfeder für die Umgestaltung und Verbesserung der globalen Struktur- und Ordnungspolitik werden.

Die EU ist aufgrund ihrer führenden Rolle in der Entwicklungspolitik und in der globalen Klimapolitik und aufgrund der vielfältigen In-

strumente, die ihr zur Verfügung stehen besonders geeignet, auf die Auswirkungen des Klimawandels auf den internationalen Frieden und die Sicherheit zu reagieren.

Die Strategie der EU muss jedoch mit allen Partnern abgestimmt sein. Unkoordinierte Initiativen auf nationaler oder regionaler Ebene haben angesichts der Dimension des Problems keine Aussicht auf Erfolg.

Mehr noch als in anderen Bereichen der internationalen Politik ist hier also ein effizienter Multilateralismus gefragt. Es geht darum, ein Regelwerk zu erstellen, das einen für alle akzeptablen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen Interessen schafft und gleichzeitig die Einhaltung dieser Regeln gewährleistet.

Ziele für die Zukunft

Die EU und mit ihr Österreich wird auch weiterhin entschlossen auftreten, um die Inhalte der Kopenhagener Vereinbarung in ein rechtlich verbindliches, globales Abkommen im Rahmen der Vereinten Nationen zu übertragen. Dabei wird es besonders wichtig sein, alle wesentlichen Emittenten von Treibhausgasen in ein Regime einzubeziehen, das einen effizienten Klimaschutz gewährleistet und dabei Verzerrungen des wirtschaftlichen Wettbewerbs und eine unangemessene Beeinträchtigung des Wachstums- und Entwicklungspotentials von Schwellen- und Entwicklungsländern vermeidet. ■

*BM Dr. Michael Spindelegger
Bundesminister für europäische und
internationale Angelegenheiten*



Foto: Informationsdienst der Vereinten Nationen Wien (UNIS Vienna)

Klimawandel als Chance für radikales Umdenken und Umlenken



Foto: Die Grünen/Peter Rigaud, 2009

Klimawandel und Sicherheitspolitik: Statt beide Debatten parallel zu führen, fordert Ulrike Lunacek, Europaparlamentarierin der Grünen, den Klimawandel als Chance zum radikalen Umdenken und Umlenken in Richtung eines umfassenden Sicherheitsdenkens.

Von **MEP Mag.^a Ulrike Lunacek**

Sicherheit, Sicherheit, Sicherheit tönt es von allen Seiten – und meistens verbirgt sich dahinter angesichts der terroristischen Bedrohung der Wunsch von Innenministerien, Militärs und sogenannten Sicherheitsexperten (Frauen sind hier die Ausnahme von der Regel) nach mehr Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger, nach mehr Geld für Überwachung und Sammlung von Daten (Stichwort Vorratsdatenspeicherung und SWIFT-Abkommen zur Weitergabe von Bankdaten) und mehr Geld für ausgeklügelte Waffensysteme.

Es hat sich mittlerweile jedoch auch schon bis zu den Sicherheitsexperten durchgesprochen, dass die Sicherheit der Menschen auf diesem Planeten im 21. Jahrhundert lange nicht mehr nur durch Terrorismus bedroht, oder gar mit Methoden des Kalten Krieges zu bewältigen ist sondern, dass die heutigen Bedrohungen die Existenz breiter Bevölkerungsgruppen weltweit gefährden – und im Endeffekt auch vor uns in den Industrieländern nicht Halt machen werden – und daher umfassende Sicherheitskonzepte gefragt sind.

Europäisches Parlament plant Resolution

In der derzeit (März 2010) im Europaparlament debattierten Resolution zur Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind daher auch die Auswirkungen von Klimawandel und Naturkatastrophen sowie Armut gleichrangig als Bedrohungen der menschlichen Sicherheit genannt, wie Terrorismus oder sogenannte „failed states“.

Auch die spanische Verteidigungsministerin Carmé Chacón hat in der Aussprache mit den Europa-Abgeordneten auf

meine Frage hin Anfang März festgehalten, dass die EU die Anstrengungen um Konfliktprävention und Schutz von Menschen nach (Umwelt-)Katastrophen erhöhen und verbessern muss.

Klimawandel und Ressourcensicherung: Kriegsterminologie?

Die Debatten zur Ressourcensicherung und zum Klimawandel werden oft parallel geführt. Dabei geht es zum einen um Versorgungssicherheit und zum anderen um die Folgen von exzessivem CO₂-Ausstoß.

Eine Art Kriegsterminologie ist dabei durchaus nicht unüblich, und manche Aussagen lassen den Verdacht aufkommen, dass einige es ernst meinen mit der militärischen Ressourcensicherung.

Diese von manchen geschürten neokolonialen Ansätze führen sich selbst ad absurdum wenn man das Ganze aus finanzieller Sicht beleuchtet: Militäreinsätze sind allemal um vieles teurer (an Material und an menschlichem Leid) als vorsorgendes Denken und nachhaltiges Wirtschaften (und helfen nebenbei nur den Rüstungskonzernen).

Die übliche Versorgungsdiskussion (mehr Pipelines, mehr Gasspeicher usw.) muss endlich einen Paradigmenwechsel erleben, nach dem Motto: Wir brauchen „Regime-Change“! Und zwar nicht einen nach Bush-Doktrin, sondern einen in den Wirt-

schafts- und Energiekonzepten.

„Business as usual is over“, das hat auch Kommissionspräsident Barroso in seiner Wahlrede im Europaparlament im Februar gesagt. Doch seine Konzepte – wie etwa die neue „2020“-Wirtschaftsstrategie – machen genau das: weiter wie bisher.

Es geht nicht mehr an, nur hier ein bisschen mehr Solarenergie, dort ein bisschen weniger Autofahren und ein paar gut gemeinte und oft auch gut gemachte Wasserprojekte in den armen Ländern. Wir brauchen „Regime-Change“: soll heißen an der Wurzel ansetzen, also radikales Umdenken und Umlenken.

Für den Bereich von Sicherheit und Klimawandel bedeutet das: Regierungen und EU müssen den Klimawandel als Chance sehen, die schon lange mit hehren Worten geforderten Maßnahmen endlich umzusetzen.

Denn die Auswirkung der Umweltzerstörung durch den Klimawandel sind mittlerweile auch in den Industrieländern angekommen. In den armen Ländern Afrikas,



Foto: K. Kammerzell

Lateinamerikas und Asiens haben vor allem die verarmten Frauen, Männer und Kinder in den Slums und in ländlichen Gebieten die verheerenden Auswirkungen des Klimawandels schon seit Längerem zu spüren bekommen: Verwüstung, Überschwemmungen, Dürren, Stürme usw.

Dies zeigt eine kürzlich veröffentlichte Studie von Oxfam International (Siehe: The Guardian: <http://www.guardian.co.uk/environment/2009/apr/21/climate-change-natural-disasters>). Sie bestätigt nicht nur, dass in den letzten 30 Jahren die naturbedingten Katastrophen um 54% und damit auch die davon Betroffenen von 121 Millionen auf 243 Millionen Menschen (seit 1980 bis heute) zugenommen haben, sondern auch, dass die Menschen in den Entwicklungsländern viel stärker von durch Klimawandel bedingten Katastrophen betroffen sind.

Denn instabile Bauweisen (gerade eben dramatisch ins Bewußtsein gerufen durch die Erdbebenkatastrophen in Haiti und Chile) oder fehlende Infrastruktur, sowie Mangel an Gesundheitsversorgung und schwachen administrativen Kapazitäten sind auch ein Zeichen von Armut.

Verantwortung zeigen!

Zusätzlich zu den extremen Klimakatastrophen gibt es Probleme infolge der zunehmenden Urbanisierung. Insbesondere in Anbetracht des massiven Schadens an Umwelt, Wasservorkommen, Verwüstung etc. in den armen Ländern durch den von den Industrieländern verursachten Klimawandel ist die Weigerung der Industrieländer bei der Kopenhagener Klimakonferenz vergangenen Dezember, genügend Finanzmittel an die Entwicklungsländer für den Schadensausgleich bereit zu stellen, eine Schande – und kurzfristigem Denken geschuldet: Solidarität in den wohlhabenden Regionen der Welt heiße dem Verursacherprinzip gerecht zu werden und Verantwortung zeigen für diesen gemeinsamen Planeten – er ist schließlich der einzige den wir haben.

So droht – wenn gegen den fortschreitenden Klimawandel nichts unternommen wird – die verstärkte Gefahr von bewaffneten Konflik-

ten, v.a. in Regionen wie in Afrika der Sub-Sahara.

Dies ist die Schlussfolgerung einer Studie der Universität von Berkeley in Kalifornien (Siehe Physorg.com: <http://www.physorg.com/news178212673.html>). Darin heißt es, dass der Klimawandel das Risiko von bewaffneten Konflikten im Jahr 2030 um über 50 Prozent erhöht (im Verhältnis zu 1990), v.a. wegen Temperaturerhöhungen, die die Ernten schrumpfen oder sogar verschwinden lassen – und das in Gebieten, die seit den Schuldenkrisen der 1980er und 1990er Jahre auf Druck von Währungsfonds und Weltbank mehr landwirtschaftliche Produkte für den Export herstellen als für die Abdeckung des Eigenbedarfes.

Direkte Folge ist, dass schätzungsweise bis zu 150 Millionen Menschen in den nächsten 40 Jahren gezwungen sein werden, ihr Land, ihre Region aus Klimagründen zu verlassen. Dies geht aus dem Bericht der Environmental Justice Foundation (EJF) hervor. (Siehe The Guardian: <http://www.guardian.co.uk/environment/2009/nov/03/global-warming-climate-refugees>).

Bereits 2008 galten mehr als 20 Millionen Menschen aufgrund von Klima- und Umweltkatastrophen als Vertriebene!

Die Vereinten Nationen (IPCC, UN's Intergovernmental Panel on Climate Change) befürchten eine Erhöhung des Meeresspiegels von 18-59 cm während des 21. Jahrhunderts. Dies würde bedeuten, dass Inseln wie Tuvalu, Fidschi, Solomon, Marshall, Malediven und die Kleinen Antillen große Teile ihres Landes verlieren und auch Küstenregionen aller Kontinente unter dem Wasser ver-

schwinden könnten.

Aus all diesen Gründen ist klar: der Klimawandel, so dramatisch er ist, muss endlich als politische Chance für ökologisch und sozial nachhaltiges Wirtschaften wahrgenommen werden, Ausbrechen aus alten Denkstrukturen des Kalten Krieges sowie der einseitigen Anti-Terror-Rhetorik ist gefragt.

Ressourcensicherung im 21. Jahrhundert bedeutet eine Änderung des Lebensstils in den Industrieländern (Stichwort mehr und guter öffentlicher Verkehr, ressourcenschonende Produktion, Bekämpfung der Wegwerfmentalität, energieeffizientes Bauen, usw.), heißt aber auch Empowerment von Frauen (Stichwort Ernährungssicherung u.a.), Kampf gegen Großkonzerne und Regierungen, die Ausbeutung von Öl, Gas und anderen Ressourcen auf Kosten von Umwelt (etwa die Zerstörung des Regenwaldes) und Bevölkerung vorantreiben.

Denn dieser Planet kann zwar ohne uns Menschen überleben – wir jedoch nicht ohne ihn. ■

Mag.^a Ulrike Lunacek ist österreichische Europa-Abgeordnete und Außenpolitiksprecherin der Grünen/EFA im Europaparlament.

*E: ulrike.lunacek@europarl.europa.eu
ulrike.lunacek@gruene.at
<http://www.dielunacek.at>*

bezahlte Anzeige

Matchmaking Windenergie
21. – 22. April 2010, Warschau

EWEC 2010 – Treffen Sie Keyplayer aus Wirtschaft und Forschung auf Europas vorrangigem Windenergie Event

Der WWFF bietet kostenlose Unterstützung – **jetzt informieren!**



Information und Registrierung:
www.wwff.gv.at/ewec

Europe's premier wind energy event
Warsaw, Poland, 20-23 April 2010

Die Sicherheit unserer Lebensgrundlagen



Die bereits eingesetzte Klimaerwärmung hat vielfältige Folgen – die meisten davon kennen wir noch gar nicht. Besonders die nicht vorhersehbaren Auswirkungen der Kombinationen unterschiedlicher Faktoren bereiten sowohl WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen als auch Umweltorganisationen und engagierte BürgerInnen weltweit zu Recht große Sorgen.

Von **NRAbg. Petra Bayr**

Viele Herausforderungen

Beispielhaft haben wir davon bereits einen Vorgeschmack bekommen, als in einer ersten, voreiligen Euphorie über das „Wundermittel Biosprit“ eine verheerende Agrarpolitik in Gang gesetzt wurde.

Mittlerweile ist bekannt, dass viele agrarische Treibstoffe in Summe mehr CO₂ freisetzen als fossile Treibstoffe

– etwa durch die Brandrodung der dafür benötigten Anbauflächen oder die Transporte quer durch die Welt.

Damit nicht genug, wurden damit in vielen Teilen der Welt die Preise für die begehrten Agrarprodukte derart in die Höhe getrieben (unterstützt durch eifrige Börsen-SpekulantInnen und Ernteaussfälle durch Dürreperioden), dass damit das Grundnahrungsmittel Mais etwa für die MexikanerInnen nahezu unerschwinglich wurde.



Foto: © Kurt Budka/PXELIO

Auch wir EuropäerInnen werden von der Klimaerwärmung betroffen sein, schon allein durch eine veränderte Flora wie Fauna.

Vergleichsweise harmlos anmutende Veränderungen, wie der Umstand, dass

unser geliebter Wein in ein paar Jahrzehnten womöglich besser in den skandinavischen Ländern gedeihen wird als bei uns, kann enorme wirtschaftliche Folgen haben.

Auch unser Gesundheitssystem wird vor neue Aufgaben gestellt werden, wenn sich beispielsweise die Malaria-Fliege bei uns wohlfühlen beginnt – abgesehen von der für viele Menschen gravierenden Anpassungsschwierigkeit an wochenlange Hitzeperioden von annähernd 40 Grad Celsius.

Dazu werden wir uns der Tatsache einer immer größer werdenden Zahl an Klimaflüchtlingen stellen müssen. Derzeit gehen Schätzungen von weltweit etwa 50 Millionen aus, zur Mitte unseres Jahrhunderts könnten es 200 Millionen sein.

Sicherheit – was bedeutet das?

Diese Beispiele führen vor Augen, dass der Begriff Sicherheit besonders durch die unausweichlich globale Dimension unseres Handelns eine für viele Menschen neue Bedeutung erfährt.

Denn die Sicherheit unserer Lebensgrundlagen ist nicht durch das rechtschaffende Streben Einzelner erreichbar, sondern auf die enge Verflechtung vieler Faktoren fußend.

Im Grunde war es nie anderes – schließlich ist der Mensch seit jeher ein Wesen, welches sein Überleben und seine Entwicklung dem gelungenen Zusammenwirken der Gemeinschaft verdankt – das Novum besteht im durch Entwicklung ganz natürlich erreichten Komplexitäts-



Foto: © Susan G./PXELIO

grads der Welt, in der wir heute leben. Und genau darin liegen auch unsere Chancen: Wir müssen uns der Möglichkeiten einer globalisierten Gesellschaft bewusst werden und entsprechend handeln.

Sicherheit bedeutet nicht unabhängig von anderen zu sein, sondern im Gegenteil, auf unsere wechselseitige Unterstützung bauen zu können.

Was wir tun müssen

Wir müssen vorausschauend handeln und flexibel in der Umsetzung unserer Pläne sein. Wenn wir erkennen, dass weder Agro-Treibstoff noch Atomkraft heilbringende Mittel zur Bekämpfung der Erderwärmung sind, müssen wir andere Wege einschlagen.

Wir müssen besonders auf die Kohärenz unseres Handelns bedacht sein. Wenn wir auf der einen Seite große Anstrengungen in der Entwicklungspolitik unternehmen, dann dürfen diese nicht auf der anderen Seite durch unsere Wirtschafts- oder Agrarpolitik konterkariert werden.

Und schließlich müssen wir uns der globalen Verflechtung unserer Lebensqualität stärker bewusst werden:

Wenn wir heute den Menschen in den sogenannten Entwicklungsländern helfen, in ihrer Heimat die Sicherheit ihrer Lebensgrundlagen zu finden, dann wird es auch für uns von positiver Wirkung sein

– angefangen von der Flüchtlingsproblematik, derer wir uns im Übrigen auch durch noch so inhumaner Methoden nicht „entledigen“ werden können, bis hin zur immerwährenden Zielsetzung einer Welt ohne Kriege.

Unsere Verantwortung

Schließlich bedarf es der Einsicht, dass die Industrieländer ihren Wohlstand einer Ausbeutung von Mensch und Natur über geraume Zeit – auch und gerade in den Ländern des Südens – verdanken.

Die Forderung nach Emissionseinsparungen an die sich gerade wirtschaftlich emporstreckenden Schwellenländer geht damit freilich ins Leere, wenn wir nicht aktiv dazu beitragen, dass diese im Einklang mit Fortschritt und Entwicklung stehen.



Foto: © Rainer Sturm/PIXELIO

Dazu gehört auch ein „echter“ Technologietransfer, der nicht im Export hier nicht mehr erwünschter Technologien besteht, sondern tatsächliche Kooperation ist. ■

NRAbg. Petra Bayr
SPÖ Umweltsprecherin

E: petra.bayr@parlament.gv.at
<http://www.petrabayr.at>

Abhängigkeiten beenden, Versorgung sichern



Nach der Klimakonferenz in Kopenhagen bleibt nur zu hoffen, dass sehr rasch ein globales Klimaabkommen zustande kommt, das mit konkreten Zahlen, Reduktionsverpflichtungen, Kontroll- und Strafmechanismen Wirksamkeit erwarten lässt.

Von NRAbg. Ing. Hermann Schultes

Die Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember 2009 hat uns die fehlende Handlungsbereitschaft insbesondere der Hauptemittenten von Kohlendioxid wie China, USA, Russland und Indien, aber auch anderer, vor Augen geführt.

Die EU hat als einziger großer Akteur ein ernsthaftes Zeichen mit konkreten Einsparungsszenarien gesetzt.

Steigender Ölverbrauch – mehr Abhängigkeit!

Die Notwendigkeit eines solchen Abkommens ergibt sich auch aus den erwartbaren Folgen der ungesteuerten Entwicklung des weltweiten Energiesystems. Ungebremst steigender Öl, Kohle und Erdgasverbrauch überlässt das Gesetz des Handelns zunehmend den immer weniger werdenden Förderländern und den großen Energiekonzernen.

Verfügbarkeit und Leistbarkeit der Energieträger sowie die Auswirkungen der Kaufkraftverlagerungen von den zumeist demokratischen Verbraucherländern zu den zumeist autoritären oder totalitären Lieferländern sind eine schwere Hypothek auf die Zukunft Europas, vielleicht noch mehr für die Zukunft der Entwicklungsländer in Afrika und Asien.

Ernährungssicherheit und Eigenversorgung

Die wichtigste Energiequelle der Menschen ist ihre Nahrung aus der Landwirtschaft und der Fischerei. Pflanzliche Biomasse als Futter und Nahrungsgrundlage wird durch den Klimawandel wesentlich verändert. Die Folgen des Klimawandels für die Ernährungssicherheit der armen Länder werden noch dramatischer

sein, wenn die armen Länder nicht im Stande sind Kaufkraft und Wertschöpfung aus den eigenen Ressourcen zu entwickeln. Sparsame Energieverwendung und leistbare Energieträger werden für sie eine Schlüsselfunktion innehaben.

Die Frage der weltweiten Sicherheit und insbesondere der Energieversorgungssicherheit geht Hand in Hand mit der Bekämpfung des Klimawandels. Wer Erdöl, Kohle und Gas einspart, verlängert deren Verfügbarkeit und verschiebt die Kosten steigernde Verknappung.

Ein hohes Maß an Eigenversorgung mit „Lebensmittelenergie“ aber auch erneuerbaren „Energieträgern zur Verbrennung“ schützt empfindliche Volkswirtschaften vor importierten Krisen. Brasilien hat die letzten Turbulenzen der Weltwirtschaft besser verkraftet als andere Länder, weil einerseits eine starke Lebensmittelproduktion und andererseits die massiv gesteigerte Alkoholproduktion aus Zuckerrohr für Treibstoffzwecke die Abhängigkeit vom internationalen Ölmarkt reduziert hat.

Abhängigkeit bei der Nutzenergie beenden!

Österreich und die EU sind ohne weiteres in der Lage, die wesentlichsten, selbst benötigten Lebensmittel auch selbst zu erzeugen und auch die landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen (Produzentenwissen und Erhaltung natürlicher Produktionsgrundlagen) zu erhalten.

Im Bereich der „Nutzenergie“ ergibt sich jedoch eine enorme Abhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern, die nach Gebrauch verloren sind.

Unser Wohlstand hängt sozusagen am Tropf der fossilen und leider auch atomaren Energie. Die Herkunftsländer sind instabil, die Transportrouten riskant und die Versprechungen der Energiekonzerne wenig werthaltig. (Wer weiß schon, ob das Gas für Nabucco wirklich jemals kommt?)

Ausweg Erneuerbare Energien

Österreich hat sich zum Ziel gesetzt im Jahre 2020 34% seines Energieverbrauchs aus Erneuerbaren Energien zu decken. Das bedeutet aber noch immer, dass 66 % aus verlorenen fossilen Energieträgern kommen müssen. Woher soll 2020 soviel fossile Energie kommen?

Das Ziel muss daher in Abstimmung mit den Ländern der EU eine deutlich stärker-

re Eigenaufbringung erneuerbarer Energie zu sein.

Entsprechende Anreizsysteme für die Förderung erneuerbarer, regional verfügbarer Energien sind dabei konsequent weiterzuentwickeln.

Ein weiteres Gebot der Stunde ist, den jährlichen Energieverbrauchszuwachs mit Effizienzmaßnahmen in den Griff zu bekommen.

Versorgungssicherheit ist wichtig. Für Öl, etc. gibt es eine Pflichtnotstandsreserve für mehrere Wochen, für Erdgas werden gerade neue Gasspeicher geschaffen.

Es wäre dringend notwendig, auch für Energiegetreide als Ausgangsbasis erneuerbarer Treibstoffe als

auch für Holz-Pellets ähnliche Vorratssysteme zu schaffen.

Heute treiben wir die globale Energienachfrage noch immer an und haben so auch unseren Anteil an den Rohstoff- und Verteilungsaueinandersetzungen in der Welt. Auch deswegen ist die Philosophie der regionalen (erneuerbaren) Energieautarkie ein Modell, das weltweit Zukunft haben wird. ■

NRAbg. Ing. Hermann Schultes

Umweltsprecher der ÖVP

Präsident der NÖ Landes-Landwirtschaftskammer

E: hermann.schultes@parlament.gv.at

http://www.hermann-schultes.at

Klimawandel – na und?



Der Einfluss des Menschen auf den Klimawandel wird von KlimaskeptikerInnen bestritten. Unabhängig davon sprechen aber die Fakten für sich:

Der Klimawandel ist Realität.

Wie aber wird sich der bevorstehende Wandel des Weltklimas auf die Menschheit, auf Freiheit und Sicherheit auswirken?

Von NRAbg. Ing. Norbert Hofer

Zweifelloos ist der Mensch wie jedes andere Lebewesen auf der Erde mit einer gewissen Anpassungsfähigkeit ausgestattet. Das Tempo, mit dem sich die Entwicklung der nächsten Jahre zu Ungunsten unseres Lebensumfeldes vollziehen wird, muss aber zu massiven Problemen führen, die Tier- und Pflanzenwelt sowie die Menschheit gleichermaßen viel stärker betreffen werden, als wir uns das heute vorstellen können.

Problemfelder: Klimaflüchtlinge, Wasserversorgung, Landwirtschaft

Durch den Anstieg des Meeresspiegels werden Küstengebiete und Städte für immer verschwinden. Genau in diesen Bereichen gibt es aber eine besonders hohe Bevölkerungsdichte.

Von den 50 größten Städten der Welt liegen 22 in Küstennähe. Indien, China und Vietnam werden in hohem Ausmaß betroffen sein. Damit werden sich weite Teile Europas mit einem noch nie dagewe-

senem Flüchtlingsstrom konfrontiert sehen, der die autochthone Bevölkerung überfordern wird.

Besonderes Augenmerk gilt unserem heimischen Wasserschatz, der Ziel von Bedrohlichkeiten sein wird.

Weltweite Verteilungskämpfe um Wasserressourcen werden wohl unerbittlicher geführt werden als jene um das Öl. Wird Luft um ein Grad wärmer, kann sie um sieben Prozent mehr Wasser aufnehmen. Die Verdunstung nimmt zu. Das führt zu Trockenheit am Boden und beschleunigt Wetterextreme.

Und die Landwirtschaft?

Die gute Nachricht zuerst. In unseren Breiten könnten die Erträge möglicherweise sogar steigen. Die Wachstumsaison wird aufgrund steigender Temperaturen verlängert. Inwieweit Unwetter diese Ernten in Österreich vermehrt ver-

nichten werden, das kann noch nicht vorausgesagt werden.

Sehr wohl vorausgesagt werden kann aber, dass es in besonders bevölkerungsreichen und gleichzeitig wenig wohlhabenden Staaten zu einem Zusammenbruch der Landwirtschaft kommen wird. In weiten Teilen Indiens wird es Hunger geben. Auch hier wird also Europa mit einem massiven Flüchtlingsdruck konfrontiert sein.

Wir benötigen also nicht nur Strategien, wie man dem Klimawandel aktiv begegnen kann. Wir müssen uns auch mit den Konsequenzen auseinandersetzen, wenn dieser nicht zu stoppen ist. Und diese Folgen werden weitreichend sein. Verteilungskämpfe ungeahnter Intensität werden die Zukunft unserer Kinder überschatten.

Und Österreich? Ist wirklich nur der Schitourismus betroffen? Kann uns der Klimawandel egal sein?

Österreich, so heißt es, sei ein kleines Land, das ohnehin nichts zu einer Verbesserung der Situation beitragen könne. Warum also teure Klimaschutzmaßnahmen realisieren?

Erneuerbare Energien statt Florianiprinzip

Es wird zu heftigen Umverteilungskämpfen, zu Unruhen, zu enormen finanziellen Schäden und zum Verlust unzähliger Menschenleben führen, wenn wir dieser Realität nicht ins Auge sehen.

Daher ist nichts schändlicher, als das Verfolgen eines Florianiprinzips, das die eigene Verantwortung negiert. Österreich muss handeln, auch im eigenen Interesse. Denn fossile Energieträger sind endlich. Der Einsatz heimischer, erneuerbarer Energieformen ist der sicherste Weg zur Erreichung von Klimaschutzzielen. Energie und Umweltschutz sind zwei Seiten derselben Medaille. Österreich verfügt über einen reichen Schatz von Primärenergieträgern.

Durch die konsequente Nutzung heimischer Ressourcen aus Wasserkraft, Sonnenenergie, Windkraft, Geothermie und Biomasse können Ressourcen geschont, die Umwelt geschützt und darüber hinaus ein neuer, ergiebiger Arbeitsmarkt erschlossen werden.

Die Nutzung erneuerbarer Ressourcen ist außerdem auch eine soziale Frage. Energie aus fossilen Energieträgern wird zur Mangelware und damit zu einem teuren Gut.

Wenn wir unsere Hausaufgaben nicht machen, haben wir jedes Recht verloren, mit dem Finger auf die USA, auf China oder auf andere Länder zu zeigen. Und wir setzen letztendlich unsere Existenzgrundlage und die Sicherheit in unserem Land aufs Spiel. ■

NRAbg. Ing. Norbert Hofer
Umweltsprecher der FPÖ

E: norbert.hofer@parlament.gv.at
www.norberthofer.at
www.youtube.com/norberthofer
www.gemeinsame-obsorge.at

Ist unser (soziales) Klima sicher genug?



Foto: Grüne Burgenland, honorarfrei

Der Klimawandel wirft vielfältige Sicherheitsfragen auf. Da stellt sich zuallererst die Frage, wie sicher unsere Lebensgrundlagen sein werden, wenn der globale Temperaturanstieg nicht bei 2°C eingedämmt wird.

Von NRAbg. Mag.ª Christiane Brunner

Probleme in Österreich...

Gelingt es nicht, den Klimawandel auf 2°C einzudämmen, werden wir auch in Österreich massive Auswirkungen spüren, z.B. Wasserknappheit in manchen Regionen oder notwendige Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion.

...und der Welt

In vielen Regionen der Erde werden die Lebensgrundlagen aber überhaupt nicht mehr gesichert sein, sodass Menschen gezwungen sein werden neue Wohnsitze zu finden.



Foto: © 2007 EC/ECHO/Malini Morzaria

Was bedeutet das dann für die Sicherheit in den Regionen in die zugewandert wird? Was heißt das für Österreich?

Ist das (soziale) Klima in Österreich sicher genug, damit wir unserer historischen Verantwortung für die Verursachung des Klimawandels gerecht werden und Klimaflüchtlinge aufnehmen?

Es muss aber nicht so kommen

Jetzt haben wir noch die Möglichkeit den Klimawandel als Chance zu sehen und zu nutzen, nämlich durch den Umstieg auf erneuerbare Energie.

Und der führt uns zu einem weiteren Sicherheitsaspekt: zu Fragen rund um Energie-, Versorgungs- und Ressourcensicherheit.

Versorgungssicherheit

Die Debatten um Klimawandel und Ressourcen- und Energiesicherheit werden derzeit parallel geführt, deren Ziele und Lösungsvorschläge unterminieren sich aber gegenseitig. Beide Debatten sind berechtigt und notwendig, um beide zu lösen müssen sie aber auf einander abgestimmt werden.

Bleiben wir zunächst bei der Versorgungssicherheit. Da stellen sich im Moment Fragen wie: wie sicher sind Länder und Regime aus denen wir unsere Ressourcen und Energie bekommen und wie sicher sind die Ressourcen selbst?

Versorgungssicherheit lässt sich langfristig nur lösen, wenn Österreich unabhängig von Energieimporten ist.

Politischer Wille fehlt

Dazu ist eine Änderung von Systemen und Strukturen notwendig, wofür aber derzeit leider der politische Wille und jvor allem auch der Wille jener, die von den derzeitigen Systemen profitieren, fehlt.



Foto: © Rainer Sturm/PIXELIO

Nabucco: 30 Jahre Abhängigkeit

Am Beispiel der Gaspipeline Nabucco wird dies ganz deutlich. Diese Pipeline gilt in Österreich als die Lösung für die Versorgungssicherheit mit Gas. Damit sich dieses Projekt amortisiert, muss die Pipeline 20 bis 30 Jahre in Betrieb sein.

Das bedeutet, dass die Energieversorgung Österreichs weitere 20 bis 30 Jahre von der fossilen Energiewirtschaft und deren Systemen abhängig bleiben wird. Diese Situation ist mit den Zielen der Bekämpfung des Klimawandels nicht vereinbar.

Denn weitere 20 bis 30 Jahre fossile Energieversorgung steht in gravierendem Widerspruch zu unseren CO₂-Reduktionszielen.

Die Emissionen müssen schon in fünf Jahren global zu sinken beginnen. Wenn jetzt weiterhin nur in Riesenpipelines und Riesenkraftwerke investiert wird, können wir das vergessen.

Unabhängigkeit durch Erneuerbare Energien

Für tatsächliche Energieunabhängigkeit, Versorgungssicherheit und Ressourcensicherheit braucht es eine Änderung der Rohstoffe, aber auch eine Änderung von Systemen und Strukturen. Erneuerbare Energien können dezentral eingesetzt werden und sind somit der Schlüssel zu Versorgungssicherheit, Unabhängigkeit

und Klimaschutz. Österreich hat großes Potenzial sowohl im Bereich der Ressourcen als auch hinsichtlich der Technologien.

Österreichische Firmen sind in vielen Bereichen Weltmarktführer, und es ist für mich unverständlich, dass dieses Potenzial in Österreich nicht genutzt wird. Denn Klimaschutz ist für Österreich eine Riesenchance!

Vom Teufel und dem Belzebug

In der Ressourcendebatte treten aber auch noch andere Sicherheitsfragen auf. Wie sicher sind die Ressourcen und Technologien, die unter dem Deckmantel des Klimaschutzes eingesetzt werden?

Immer wieder fallen Schlagworte wie Atomkraft und CCS (Carbon Capture and Storage, CO₂-Speicherung). Das sind Risikotechnologien, die zum einen teuer sind und zum anderen die Gesundheit und das Leben von Menschen gefährden. Für den Klimaschutz bringen sie nichts. Erneuerbare Energien bergen diese Risiken nicht in sich, helfen dem Klimaschutz und belassen zudem die Wertschöpfung in Österreich.

Sicherheit umfassend denken!

Wirkliche Klimaschutzmaßnahmen fördern die Sicherheit also in vielfältiger Weise. Der Sicherheitsbegriff im Zusammenhang mit Klima könnte auch noch in ganz anderen Dimensionen Thema sein.

So würde eine klimaverträglichere Verkehrspolitik nicht nur das Klima schützen.



Eine klimafreundliche Verkehrspolitik, die auf Öffentlichen Verkehr, niedrigere Tempolimits und dergleichen setzt, würde zudem massiv zur Verbesserung der Verkehrssicherheit beitragen.

Ein wesentlicher Aspekt von dezentraler, erneuerbarer Energieversorgung und Klimaschutz ist für mich auch Unabhängigkeit. Mehr Unabhängigkeit gibt den Menschen Sicherheit bei der Gestaltung ihres Lebens und unterstützt kritische Meinungsäußerungen. Das bedeutet mehr Sicherheit für die Demokratie, was wiederum eine Lösung für die eingangs gestellte Frage nach dem Klima in Österreich sein könnte. ■

*NRAbg. Mag.^a Christiane Brunner
Umweltsprecherin der Grünen*

*E: christiane.brunner@parlament.gv.at
<http://www.christiane-brunner.com>,
<http://www.gruene.at>*

Klimaschutz muss zu Hause starten



Die Lösung für globale Probleme liegt manchmal direkt vor der Haustür. Bei der einzig richtigen österreichischen Antwort auf den Klimawandel ist genau das der Fall. Die Energieautarkie steht ante portas. Öffnen wir ihr die Türe, meint BZÖ Wirtschafts- und Umweltsprecher **NAbg. Ing. Robert Lugar**

Der Klimawandel ist nicht bloß ein theoretisches Konstrukt, sondern bereits Tatsache. Eine Tatsache, die sich mindestens ebenso stichhaltig belegen lässt, wie die globale Wirtschaftskrise. Während jedoch kaum Zweifel daran laut werden, dass der internationalen

Wirtschaftskrise eine verantwortungslose Kasinomentalität von Bankern rund um den Globus zugrunde liegt, ist die Einsicht, dass die beginnende Klimakatastrophe aus der Abhängigkeit von fossilen Energien resultiert, noch immer nicht in den Köpfen der Verant-

wortlichen angekommen.

Fehlendes Problembewusstsein!

Die leider ergebnislos gebliebene Klimakonferenz in Kopenhagen ist der beste Beweis für dieses fehlende Pro-

blembewusstsein.

Schon die Bezeichnung „Klimakonferenz“ ist eine unzulässige Beschönigung. „CO₂-Sicherheitsgipfel“ wäre weit passender gewesen.

Schluss mit den Beschönigungen!

Denn selbst die elementarsten Sicherheitsbedürfnisse können in zahlreichen Regionen der Erde nicht mehr erfüllt werden.

Lebensmittelknappheit, Dürre und Naturkatastrophen zerstören die Lebensgrundlagen unzähliger Menschen. Diese verloren gegangene Klimasicherheit kann nur durch ein radikales Umdenken zurückgewonnen werden.

Unsere Energieversorgung ist nicht mehr sicher

Auch in Österreich wird der Veränderungsdruck immer stärker. Denn auch wir haben schmerzlich erfahren müssen, dass unsere Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist – wenn auch „nur“ unsere Versorgungssicherheit mit Energie.

Vor weniger als einem Jahr, mussten wir unsere letzten Reserven anzapfen, um den Lieferstopp von russischem Gas zu bewältigen.

Obwohl sich eine solche Situation jederzeit wiederholen kann, pumpen wir ungebremst rund 14 Milliarden Euro jährlich in den Import fossiler Energien. Österreich spekuliert immer noch damit, dass Öl und Gas auch in Zukunft fließen werden.

Aber so wie die Immobilienblase platzen musste, werden auch die



Öl- und Gasvorkommen in naher Zukunft aufgebraucht sein. Darum kann sich dieses Investment nicht rechnen.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist jeder Euro, den wir in die fossilen Energien investieren verloren. Die einzigen Gewinner sind die Energiekonzerne und der Klimawandel.

Erneuerbare Energien für Sicherheit

Energiekrise, Wirtschaftskrise und Klimakrise sind nur bei oberflächlicher Betrachtung drei getrennte Problemfelder. Sie beeinflussen sich jedoch gegenseitig und können auch gemeinsam gelöst werden: durch den Umstieg auf erneuerbare Energien, der Österreich sogar die Energieautarkie ermöglichen würde.

Energieautarkie!

Das BZÖ hat die „Energieautarkie“ im Parlament salonfähig gemacht. Umweltminister Berlakovich hat unsere Forderung nach langem Zögern übernommen, bezeichnet sie jedoch nur als „Vision“. Das ist meiner Meinung nach der falsche Ansatz. Österreich so schnell wie möglich energieautark zu machen ist vielmehr eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Die Förderung für die thermische Sanierung hat einen Vorgeschmack darauf gegeben, was möglich ist. Sie spült mehr Geld in die Staatskasse, als an Fördermitteln ausgeschüttet wurde. Dennoch wurde diese Förderung nach nur drei Monaten eingestellt. Angeblich aus Geldmangel.

Wahrscheinlich fehlt der Mut, die „Vision“ zu Ende zu denken. Von einer flächendeckenden thermischen Sanierung, die eine unverzichtbare Grundlage für die österreichische Energieautarkie darstellt, sind wir deshalb immer noch meilenweit entfernt.

Lösungen auch für den Arbeitsmarkt

Investitionen in Milliardenhöhe müssen folgen. Bei der Windkraft, der Solarenergie, der Geothermie

und für Elektromobilität.

Mit diesen Investitionen wären die Probleme am Arbeitsmarkt nachhaltig gelöst. Neue zukunftsträchtige „Green Jobs“ könnten entstehen.



Foto: © M.Hauck/PIXELIO

Eine Perspektive gerade für junge Menschen.

Wenn Österreich diese Investitionen nicht jetzt in Gang setzt, müssen wir sie dann nachholen, wenn es zu spät ist.

Vergessen wir nicht, dass plötzlich 100 Milliarden Euro zur Rettung der österreichischen Banken aufgebracht werden konnten – nicht obwohl, sondern weil es zu spät war. Das darf sich nicht wiederholen.

Energieautarkie ist keine „Fleißaufgabe“, sondern eine „Hausaufgabe“, die wir schleunigst zu erledigen haben. Durch unser Beispiel könnten wir innerhalb der EU jenen Druck erzeugen, der notwendig sein wird, um auch die USA und China dafür zu gewinnen, das gemeinsame Klimaboot in einen sicheren Hafen zu steuern. ■

BZÖ Wirtschafts- und Umweltsprecher
NAbg. Ing. Robert Lugar

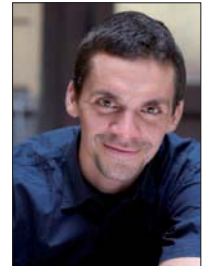
E: robert.lugar@parlament.gv.at

Ressourcenpolitik ist die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts



Um den Klimawandel zu begrenzen und die weltweite Sicherheit durch unseren unersättlichen Ressourcen hunger nicht länger zu gefährden, muss eine zukunftsorientierte Ressourcenpolitik auf Dematerialisierung und die Förderung nachhaltiger Lebensstile setzen.

Von Mag^a. Christine Polzin und DDI Stephan Lutter



Das 21. Jahrhundert läuft Gefahr, zum Jahrhundert der globalen Umweltkonflikte zu werden. Nicht nur die Konsequenzen des Klimawandels, sondern auch dessen Hauptursache – die Übernutzung natürlicher Ressourcen – gefährden die Sicherheitslage auf regionaler, nationaler, und globaler Ebene. Schutzwälle, höhere Grenzkontrollen und Militärinvestitionen sind eine Lösung, auf diese Konflikte und ihre Auswirkungen zu reagieren.

Eine langfristig klügere Strategie sollte das Problem jedoch an einer ihrer Wurzeln packen – unserem ständig wachsenden und nicht mehr tragbaren Ressourcenkonsum.

Wettlauf um Ressourcen...

Der extrem hohe Ressourcen- und Energieverbrauch in der industrialisierten Welt gefährdet unsere Sicherheit auf vielfältige Weise. So kann unsere direkte oder indirekte Nachfrage nach begrenzten Ressourcen, insbesondere in instabilen Staaten, zu Konflikten führen (z.B. im Abbau von „Konfliktrohstoffen“ wie Coltan). Damit in Zusammenhang steht auch das erhebliche Maß an Abhängigkeit vieler Länder und Regionen vom Import strategischer Ressourcen wie Erdöl, Erdgas oder Uran, das zum Auslöser von nationalen und internationalen Konflikten werden kann.

Das Sustainable Europe Research Institute (SERI) hat bereits in verschiedenen Forschungsprojekten über weltweite Ressourcenströ-

me gezeigt, dass vor allem Europa und andere Industriestaaten wie Japan oder die USA, sowie in zunehmenden Maße auch Schwellenländer wie China, zu den großen globalen Netto-Importeuren von Materialien gehören.

Die weltweit rasant steigende Nachfrage nach Ressourcen und ihre zunehmend ungleich verteilte Nutzung führen zu einem Ressourcenwettlauf nie dagewesenen Ausmaßes.

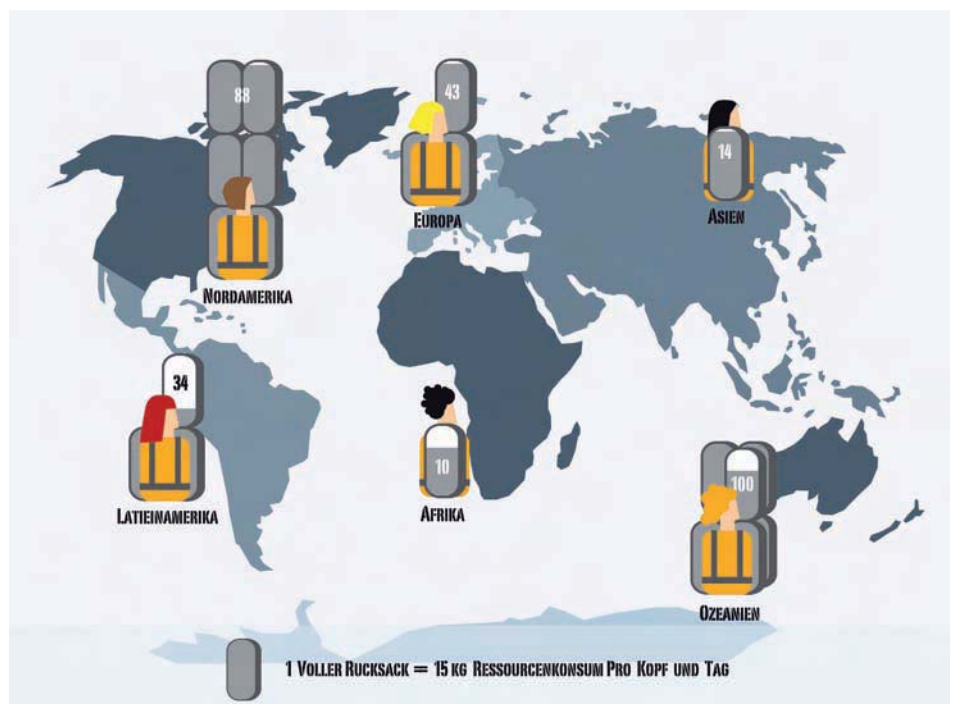
Die absehbaren Folgen dieses Wettlaufs können von rücksichtsloser Handelspolitik bis hin zu militärischen Interventionen reichen. Schon heute betreiben Europa, die USA aber auch China Ressourcensicherung in verschiedensten Regionen der Welt – mit teilweise verheerenden Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung.

Staaten mit knappen Wasser- und landwirtschaftlichen Ressourcen zur Nahrungsmittelproduktion vertrauen heute nicht mehr alleine auf den Welthandel sondern kaufen vermehrt in Entwicklungsländern (insbesondere in Afrika) Land, um ihre Versorgung abzusichern.

Aber auch indirekte Auswirkungen des überhöhten Ressourcenkonsums spielen eine entscheidende Rolle für die Sicherheit. Beispiele hierfür sind die Ausbreitung von Wüsten oder das Austrocknen und Versalzen von Flüssen und Seen durch Übernutzung.

All dies kann zunehmende Migrationsbewegungen und Konflikte um Ressourcennutzungsrechte auslösen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die EU von derartigen lokalen Auswirkungen



Grafik: Der Ressourcenverbrauch pro Kopf ist weltweit sehr unterschiedlich

nicht abgeschottet ist. In den letzten Jahren stieg die Zahl der Kriegs- und Klimaflüchtlinge, die sich unter anderem auch auf den Weg nach Europa machen. Sollten sich die Prognosen – insbesondere in Bezug auf Wasserkonflikte – erfüllen, so werden in Zukunft noch mehr Menschen die Flucht ergreifen.

Zukunftsorientierte Ressourcenpolitik

Eine sicherheitspolitisch sinnvolle Ressourcenpolitik muss auf Dematerialisierung und lokale Kreislaufwirtschaft setzen. Ziel muß es sein, Lebensqualität mit wesentlich geringerem Ressourceneinsatz zu erreichen. Wichtige Bausteine dieser Politik bilden die nachhaltige Nutzung erneuerbarer Ressourcen, Recycling und in der Wiederverwendung von Produktinhaltsstoffen. Dass eine absolute Reduktion des Ressourcenkonsums aber nicht allein durch Effizienzverbesserungen möglich ist, zeigt die Tatsache, dass sich unser Materialumsatz in den letzten Jahren trotz steigender Ressourceneffizienz stetig erhöht hat. Dies kann teilweise durch den „Rebound Effekt“ erklärt werden: Effizienzgewinne werden durch erhöhten Gesamtverbrauch wieder aufgezehrt.

Um die absolute Ressourcennachfrage zu senken, sollten daher Preismaßnahmen wie die Besteuerung von Ressourcen und die Internalisierung von Umwelt- und Sozialkosten Teil einer umfassenden Ressourcenpolitik sein.

Internationale Herausforderungen

Auch auf internationaler Ebene kann einiges getan werden, um den Handel konfliktärmer und ressourcenschonender zu gestalten. Das Beispiel des „Kimberly Process“, eines Zertifizierungssystems im Diamantenhandel, hat gezeigt, dass effektive internationale Zusammenarbeit das Potential an Konflikten oder zumindest deren Ausmaß reduzieren kann.

Um den globalen Handel insgesamt sozial gerechter und sicherer zu gestalten, muss auch „Fair Trade“ zur Norm werden. Dabei muss auch über neue globale Institutionen, wie eine World Fair Trade Organisation, nachgedacht werden.

Sicherheit durch nachhaltige Lebensstile

Während es Aufgabe der Politik ist, dafür zu sorgen, dass adäquate Mechanismen ins Leben gerufen werden, die beispielsweise eine Zertifizierung für Rohstoffe oder Produkte ermöglicht, die die Herkunft aus konfliktfreien Regionen garantiert, liegt es letztendlich an uns als KonsumentInnen, solchen Produkten den Vorzug zu geben.

Ressourcenpolitik muss die Gesellschaft zum Nach- und Umdenken anregen. Sicherheitsprobleme werden in den Medien und in der Politik nur selten in Zusammenhang gebracht mit unserer insgesamt verschwenderischen Ressourcennutzung.

Um ein breites Verständnis über die hier beschriebenen Zusammenhänge zu erreichen, muss eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung stattfinden – sowohl über Lösungen als auch über vorhandene Barrieren und Machtstrukturen, die mögliche Lösungsansätze wie die oben erwähnten verhindern.

Eine gute Informationspolitik sollte unsere Ressourcennutzung transparenter machen. Dank des weltweiten Ressourcenhandels konsumieren EuropäerInnen im Vergleich zu AsiatInnen durchschnittlich das Dreifache an Ressourcen und mehr als das Vierfache als AfrikanerInnen.

EinwohnerInnen anderer reicher Länder konsumieren bis zu zehnmal mehr Ressourcen als Menschen in Entwicklungsländern (siehe Grafik).

Um eine nachhaltige Entwicklung mit einem hohen Lebensstandard für alle Menschen auf unserem Planeten zu gewährleisten muss die globale Ressourcennutzung in Zukunft gerechter verteilt werden.

Dies erfordert, dass Länder mit hohem Pro-Kopf-Verbrauch wie Europa, ihren Ressourcenverbrauch deutlich reduzieren müssen und Entwicklungsländer ihren Konsum auf ein nachhaltiges Niveau erhöhen.



Gutes Klima für Entwicklung

Sauberes Trinkwasser ist lebenswichtig, Abwasserentsorgung gehört dazu. Effizientes Wassermanagement bringt Lebensqualität und schützt die Umwelt. Besser fürs Klima, besser für alle.

www.entwicklung.at

Österreichische
Entwicklungszusammenarbeit

Über das gute Leben

Ein „gutes Leben“ ist auch mit wesentlich weniger materiellem Konsum möglich. Um unsere Ressourcennutzung zu reduzieren und zukünftige Konflikte zu vermeiden, müssen politische Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sowohl Effizienz als auch ressourcenschonende Lebensstile fördern. Eine breit angelegte Ressourcentransparenzinitiative und ein offener gesellschaftlicher Diskurs müssen die Basis bilden.

Die notwendigen politischen Maßnahmen können sowohl auf regionaler als auch auf nationalstaatlicher Ebene beginnen. International ist die Europäische Union in der Lage, sicherheitspolitisch sinnvolle Ressourcenpolitikmaßnahmen zu implementieren. Entscheidend dabei ist ein konzertiertes Vorgehen. Je länger wir sowohl im gesellschaftlichen als auch privaten Leben warten, desto schwieriger, konfliktreicher und teurer wird unsere Zukunft.

Mag.^a Christine Polzin und
DDI Stephan Lutter, SERI

E: stephan.lutter@seri.at,
christine.polzin@seri.at
<http://seri.at/>

Das SERI, Sustainable Europe Research Institute, wurde 1999 gegründet und ist ein pan-europäischer Think-Tank, der Optionen für nachhaltige Entwicklung in europäischen Gesellschaften untersucht.

Klimawandel und Migration

In der Diskussion um „Klimaflüchtlinge“ wird oft übersehen, dass Migration aufgrund von klimatischen Veränderungen hauptsächlich intern stattfindet. Nur eine geringe Anzahl aller umweltbedingten Migranten und Migrantinnen ziehen über die Grenzen ihrer Heimatregionen.

Internationale Organisation für Migration, IOM

Der Fokus des Diskurses über den Zusammenhang von Umweltveränderungen und Migration lag bisher hauptsächlich auf grenzüberschreitenden Bewegungen, im Speziellen auf jenen, die aus extremen klimatischen Veränderungen resultieren.

Geweckte Befürchtungen

Aus diesem Grund wird umweltbedingte Migration meist mit Krisen assoziiert, und als „letzter Ausweg“ betrachtet. Diese Perspektive in Kombination mit den hohen Schätzungen über die Anzahl potentieller umweltbedingter Migranten und Migrantinnen erweckte Befürchtungen, dass Millionen von Menschen aus Entwicklungsländern, als Resultat klimatischer Veränderungen, zur Migration in Industriestaaten gezwungen werden würden.¹

Diese Ängste sind allerdings zum Großteil unangebracht, da die realen Auswirkungen umweltbedingter Migration viel komplexer und nuancierter sind.

Weniger entwickelte Länder sind von den Effekten des Klimawandels besonders betroffen, weil ein großer Teil ihrer Wirtschaft von klima-sensitiven Sektoren abhängig ist. Existierende wissenschaftliche Forschungen besagen, dass nur eine ge-

ringe Anzahl aller umweltbedingten Migrantinnen und Migranten über die Grenze ihrer Heimatregion ziehen: denn Migration aufgrund von klimatischen Veränderungen findet hauptsächlich intern statt.²

Schrittweise Migration, befristete Migration,...

Während Migrationsströme, die von Naturkatastrophen ausgelöst werden, unübersehbar sind, wird auch die Verdrängung einer immer größeren Anzahl von Menschen als Resultat von schrittweiser Umweltzerstörung erwartet. Dies gilt es zu berücksichtigen.

Noch hinzu kommt, dass nicht jede umweltbedingte Migration erzwungen ist: frühe Studien zu gradueller Umweltzerstörung belegen, dass Menschen oft freiwillig wegziehen. Dies passiert normalerweise für einen befristeten Zeitraum. Migration wird hierbei als eine alternative Erwerbsstrategie genutzt, um sich an die Veränderungen der Umwelt anpassen zu können.

Es gibt auch Nachweise dafür, dass nicht notwendigerweise der am meisten verwundbare und von klimatischen Veränderungen betroffene Teil der Bevölkerung migriert, da zur Migration Ressourcen be-

nötigt werden. Bestrebungen, welche darauf abzielen Migration um jeden Preis einzudämmen, könnten die Gefährdung von Personen, deren Lebensgrundlage durch Umweltveränderungen bedroht ist, erhöhen statt diese zu reduzieren.

Was ist zu tun?

Policy Strategien und angewandte Forschung, die sich mit der Verbindung von Klimawandel und Migration beschäftigen, müssen die Komplexität der Beziehung zwischen diesen beiden Faktoren reflektieren.

Höchste Priorität sollte es sein, unfreiwillige umweltbedingte Migration zu vermeiden. Es ist auch unbedingt notwendig dafür zu sorgen, dass angemessene Hilfe und Schutz vorhanden sind, wo immer Migration erzwungen wird. Genauso wichtig ist es auch, Migration als Anpassungsstrategie zum Klimawandel zu ermöglichen.

Hilfreich dafür wären zum Beispiel zeitlich begrenzte Arbeitsverträge für Bevölkerungsgruppen, die von umweltbedingten Veränderungen besonders bedroht sind und temporär umgesiedelt werden müssen. Diese Unterstützung sollte bereits in frühen Stadien der Umweltzerstörung stattfinden um die Entwicklungseffekte in den Herkunftsländern zu stärken und so zur Problemminderung beizutragen.

Der Schlüssel liegt darin, von reaktiven zu proaktiven Maßnahmen überzugehen, sowie erwartete Bevölkerungsbewegungen und die Sicherstellung der Migration als Anpassungsoption in Policystrategien einzubeziehen.



Die internationale Organisation für Migration (IOM), die im Jahr 1951 gegründet wurde, ist eine auf dem Gebiet der Migration weltweit aktive zwischenstaatliche Organisation mit insgesamt 127 Mitgliedsstaaten. Im Rahmen der über 2.000 weltweiten Projekte, arbeitet IOM mit internationalen, nationalen und lokalen Partnern in unterschiedlichen migrationsrelevanten Bereichen, wie der Migration als Konsequenz klimatischer Veränderungen. Das Prinzip der IOM ist die geordnete Migration zum Wohle von Migrierenden und Gesellschaft.

Herausforderungen für die Zukunft

Die Internationale Organisation für Migration (IOM) hat hierfür, zusammen mit einer Vielfalt an Partnern, begonnen aktiv an Strategien, Forschungen sowie auf programmatischer Ebene zu arbeiten, um das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer umfassenden Herangehensweise an Migration und Klimaveränderung zu stärken, sowie die oben genannten Vorhaben zu verwirklichen.³

Es muss jedoch noch einiges getan werden, um abgestimmte Richtlinien in diesem Gebiet, sowohl auf nationaler, als auch auf internationaler Ebene, zu entwickeln.

Dies würde zum Beispiel beinhalten, dass die „National Adaptation Programmes for Action (NAPAs)“ die Auswirkungen des Klimawandels auf Migration und auf das Potential von Migration als Entwicklungsoption völlig anerkennen.

Weiteres ist es wichtig, Synergien zwischen humanitären Gemeinschaften und Entwicklungsakteuren aufzubauen, sowie die adaptiven Maßnahmen zur Senkung des Katastrophenrisikos zu unterstützen. ■

*IOM Vienna,
Technical Liaison and Development*

*E: office@iomvienna.at
www.iomvienna.at*

1. Estimates of future climate change-related population flows range from 50 million to 1 billion people by the middle of the century, either within their countries or across borders, on a permanent or temporary basis. See, Norman Myers (1993) „Environmental Refugees in a Globally Warmed World“, BioScience, 43 (11), pp. 757-761; and Christian Aid Human Tide: The Real Migration Crisis, May 2007.
- 2 IOM (2009) Migration, Environment and Climate Change: Assessing the Evidence, p. 17
- 3 See, IOM (2009) Compendium of IOM's Activities in Migration, Climate Change and the Environment.

Auslandseinsätze: Herausforderung „Fragile Situationen“



Knapp 1,2 Milliarden Menschen in fast 60 Staaten der Welt leben, mit in jeder Hinsicht steigender Tendenz, in sogenannten fragilen Situationen. Eine Herausforderung auch für österreichische Auslandseinsätze

Von **Ing. Günther Barnet**

Unter dem Begriff der „fragilen Situation“ kann man eine Reihe von Phänomenen subsumieren, in dem in weniger entwickelten Entitäten nur schwach ausgeprägte Staatlichkeit herrscht und in dem verschiedenste Ereignisse relativ rasch zu Unruhen und bewaffneten Auseinandersetzungen größeren Ausmaßes und längerer Dauer führen können.

Das Grundniveau an einerseits Gewalt und Unsicherheit sowie andererseits dem Mangel an unterschiedlichsten Gütern und Zufriedenheit ist oft extrem ausgeprägt und die Aussicht auf strukturelle Veränderung gering.

„Sicheres Umfeld“ nach Katastrophen schaffen

Erschwerend zu fragilen Situationen kommt hinzu, dass derartige Regionen auch gehäuft von schweren Katastrophen heimgesucht werden. In diesen Fällen verstärken sich schwache Staatlichkeit und Zerstörung sowie deren Konsequenzen in nahezu exponentieller Weise.

Das Erdbeben von Haiti, aber bedingt auch andere Katastrophen haben daher, neben dem Einsatz von Hilfskräften aller Art zur unmittelbaren humanitären und technischen Hilfe sowie einem entsprechenden Wiederaufbau, auch den verstärkten Einsatz von Kräften für Sicherheitsaufgaben im Umfeld erfordert.

Militär und Polizei treten dabei auch in ihrer Rolle als Ordnungsmacht auf und versuchen, unter oft außergewöhnlichsten Umständen, für ein „sicheres Umfeld“ zu sorgen.

Dieses ermöglicht den HelferInnen erst, ihren Tätigkeiten unbedroht nachzukommen und es soll die Betroffenen vor weiteren gewaltsamen Eingriffen in ihre Integrität und letztlich auch ihr Eigentum – oder das letzte davon verbliebene – schützen.

Was die Staatengemeinschaft tut

Die Staatengemeinschaft trägt beiden Entwicklungen Rechnung und hat daher eine Reihe von Anstrengungen unternommen besser vorbereitet zu sein. Neben der ständigen Weiterentwicklung von Hilfsinstrumenten sowie den präventiven Maßnahmen für den Schutz vor technischen und natürlichen Katastrophen, stehen auch konzeptionelle Fragen im Vordergrund.

Wie soll etwa der Einsatz von (internationalen) Kräften des Sicherheitssektors in kurzfristigen Krisen- und Katastrophenszenarien als Ordnungsmacht erfolgen, aber auch wie in mittel- und langfristigen Stabilisierungsoperationen in fragilen Situationen nach Kriegen und Konflikten.



Foto: 2010 © ECHO/Raphael Brigandì

Für beide Fälle ist eine hohes Spannungspotential bei der Interaktion mit den überwiegend zivilen, internationa-



Foto: © Dr. Uwe Gerhardt/PXELIO

len und den lokalen Akteuren und Betroffenen unterschiedlichster Art (von politischen Gruppen über bewaffnete Gruppen bis zu Vertriebenen und Schutzlosen) anzunehmen.

Krisenhilfe: bewährte Mechanismen

Für die kurzfristige Krisen- und Katastrophenreaktion haben sich durch viele Jahre großteils bewährte Mechanismen entwickelt. Österreich hat in diesem Kontext sein renommiertes „Staatliches Krisen- und Katastrophenmanagement“ (SKKM) aufgebaut, welches mit der Strategie 2020 weiter dynamisiert werden soll. Die Einsatzkräfte dafür bauen, trotz des Begriffs „staatlich“, auch auf zivile und freiwillige Helfer auf. Der „Mehrwert“ österreichischer Einsatzkräfte liegt daher neben der Effizienz auch in deren Vielfalt.

Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren, zwischen Militär und Zivil, in Post-Konfliktsituationen und in der Krisenprävention ist deutlich umstrittener und auch bedeutend schwieriger.

In der kurzfristigen Krisenprävention steht vor allem das menschliche Leid in Akutfällen und damit der Grundsatz unparteiischer humanitärer Hilfe im Vordergrund. Interventionen in entwicklungssensitiven Regionen und Fällen sind dagegen sowohl konzeptionell, als auch faktisch von unterschiedlichen Herangehensweisen geprägt.

Sicherheitspolitik einerseits und Entwicklungszusammenarbeit an-

dererseits (bzw. langfristige Politiken zur Veränderung von globalen Ungleichgewichten und Phänomenen: wie Handelspolitik, Klima- und Umweltpolitik, Migrationspolitik etc.) können daher kohärent, oder auch in Konkurrenz zueinander wirksam werden.

Bis vor wenigen Jahren wurde von beiden Seiten ein überwiegend getrennter Ansatz gefahren, der eine zeitliche, funktionale und organisatorische Distanz vorsah.

Umfassende Ansätze für dauerhafte Konfliktlösungen

In den letzten Jahren haben sich aber von der UNO, über die OECD bis hin zu EU und NATO aber auch in den internationalen Finanzinstitutionen neue „Denkschulen“ durchzusetzen begonnen.

Diese sind der Überzeugung, dass nur umfassende Ansätze die möglichst alle Akteure einbinden, für dauerhafte Konfliktlösungen wirkungsvoll sind.

Dabei geht es um die Entwicklung von kohärenten Politikansätzen vor Ort, aber auch bei der Fähigkeitsentwicklung, der Lagebeurteilung und der Strategiegestaltung in allgemeiner Hinsicht. Die komplexen Herausforderungen von „state“ und „peace-building“ in Ländern wie Afghanistan, weiten Teilen Afrikas und anderen Krisenräumen, mit den in jeder Hinsicht eher unbefriedigenden Ergebnissen aller Seiten, haben diese Entwicklung katalysiert.

...und Österreich?

Österreich entwickelt in Bezug dazu auf der Basis des aktuellen Regierungsprogramms und langfristiger Überlegungen mehrere Konzepte (darunter das „Gesamtstaatliche Auslandseinsatzkonzept“ und der „Leitfaden Sicherheit und Entwicklung“), die diesen internationalen Überlegungen Rechnung tragen sollen.

Diese Dokumente werden in einem mehrjährigen Prozess und in engem Zusammenspiel zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und vielen „zivilgesellschaftlichen“ Akteuren (etwa

damit befassten Nicht-Regierungsorganisationen) entwickelt. Ein solcher „Whole of Nation Approach“ ist an diverse Projekte anderer europäischer Staaten und internationaler Organisationen angelehnt, aber durch die Einbindung der Nichtstaatlichen Akteure deutlich breiter aufgestellt.

Letztlich soll die Republik Österreich dazu befähigt werden, relevante Beiträge für umfassende Einsätze und Engagements in komplexen Krisensituationen im einem „multidimensionalen Umfeld“ einzubringen.

Diese könnten international nachgefragte „Spezial- und Nischenfähigkeiten“ umfassen, aber auch „gemischte zivil-militärische Einsatzmodule“ generieren, die im Rahmen internationaler Engagements Räume mit österreichischer Führungsverantwortung abdecken oder in Fällen spezifischen nationalen Interesses in kohärenter Weise zur Wirkung gebracht werden.

Damit sollen bestehende Lücken im internationalen Krisenmanagement sichtbar und effektorientiert geschlossen werden. Daraus ergäbe sich mittelbar mehr Sicherheit für Österreich und Europa sowie langfristig eine nachhaltige Förderung positiver Entwicklungen zu selbsttragenden Systemen in unserem weiteren Umfeld. Wie immer man diese Ziele aus seinem Blickwinkel bewertet, Österreich ist jedenfalls gefordert sich der laufenden internationalen Diskussion zu stellen: durch Beiträge zur Konzeptentwicklung und durch realen Mitteleinsatz – daran führt kein Weg vorbei. ■

Ing. Günther Barnet

E: guenther.barnet@bmlvs.gv.at

Günther Barnet ist Koordinator für den Nationalen Sicherheitsrat im Verteidigungsministerium und in dieser Funktion an den Ressortübergreifenden Projekten „gesamtstaatliches Auslandseinsatzkonzept“ und dem „Leitfaden Sicherheit und Entwicklung“ sowie in internationalen Arbeitsgruppen für die Weiterentwicklung umfassenden Krisenmanagements tätig.

Obdach gesucht: Auswirkungen des Klimawandels auf Migration und Vertreibung



Seit Jahrtausenden nutzen Menschen die kurz- und langfristige Migration als Anpassungsstrategie auf klimatischen Druck. Millionen Menschen und Haushalte wenden heutzutage eine Variante dieser Strategie auch an. Menschliche Mobilität – dauerhaft oder temporär, innerstaatlich oder über Grenzen hinweg – muss in internationale und nationale Anpassungsstrategien mit aufgenommen und nicht ausgeschlossen werden. Von **Dr.ⁱⁿ Koko Warner**

Die Folgen des Klimawandels sind schon heute ein Grund für Migration und Vertreibung. Obwohl die genaue Anzahl der Menschen, die bis zur Mitte des Jahrhunderts durch den Klimawandel aus ihrer Heimat vertrieben worden sein werden, noch unklar ist, steht eines fest: Das Ausmaß der Migration kann alles bisher Dagewesene übertreffen. Menschen in Entwicklungsländern und Inselstaaten werden als erstes und am schwersten betroffen sein. Die Konsequenzen für alle Aspekte von Entwicklung und menschlicher Sicherheit könnten gravierend sein. Es könnte sich auch erheblich auf die politische Stabilität auswirken.

Zu arm für Anpassung?

Ein Großteil der Menschen wird im eigenen Land Zuflucht suchen, andere werden sich auf der Suche nach besseren Zukunftschancen über Landesgrenzen hinweg bewegen. Ein Teil der Migration und Vertreibung kann durch die Umsetzung von Anpassungsmaßnahmen verhindert werden. Allerdings verfügen ärmere Länder nicht über die nötigen Ressourcen, um flächendeckend Anpassung zu betreiben.

Deshalb könnten Gesellschaften, die vom Klimawandel betroffen sind, in einer Abwärtsspirale von ökologischem Zerfall gefangen werden, an deren Ende der Zusammenbruch der sozialen Netzwerke steht. Gewalt und Konflikte könnten so zunehmen.

In diesem sehr plausiblen Szenario des schlimmsten Falles könnten große Gruppen von Menschen um ihres Überlebens willen auswandern.

Klimabedingte Migration und Vertreibung können nur dann erfolgreich be-

kämpft werden, wenn sie als globale Prozesse und nicht als lokale Krisen verstanden werden. Die Verantwortung für die Unterstützung und den Schutz von vertriebenen Bevölkerungsgruppen kann nicht allein auf den Schultern der am meisten betroffenen Länder ruhen.

Klimawandel konkret: Wie Lebensgrundlagen zerstört werden

Eine der treibenden Kräfte für langfristige Migration in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten wird voraussichtlich der Zusammenbruch von Existenzgrundlagen, die vom Ökosystem abhängig sind, sein.

Der Klimawandel wird diese Situation verschlimmern, wenn die verwundbaren Bevölkerungsgruppen, darunter die Ärmsten der Armen, nicht dabei unterstützt werden, resistente Lebensgrundlagen aufzubauen.

Naturkatastrophen werden weiterhin eine treibende Kraft von Vertreibung und Migration sein. Da der Klimawandel die Häufigkeit und Intensität von natürlichen Gefahren wie Wirbelstürmen, Fluten und Dürren erhöht, steigt auch die Zahl der vorübergehend Vertriebenen. Das betrifft besonders Länder, die nicht in der Lage sind, in Katastrophenvorsorge zu investieren und in denen die staatliche Antwort auf Katastrophen nur beschränkt ist.

Saisonale Migration spielt heute bereits eine wichtige Rolle, wie Familien mit Umweltveränderungen zurechtkommen. Derartige Migration wird voraussichtlich noch häufiger stattfinden, genauso wie die Wanderung von Ort zu Ort, um Ökosysteme zu finden, die eine ländliche Existenz ermöglichen.

Das **Schmelzen der Gletscher** wird die großen landwirtschaftlichen Systeme Asiens beeinflussen. Wenn die Speicherkapazität von Gletschern abnimmt, steigt das Risiko von kurzfristigen Fluten. Dies wird mittel- und langfristig einen abnehmenden Wasserfluss zur Folge haben. Dadurch wird die Produktion von Nahrungsmitteln in einigen der am dichtesten bevölkerten Regionen der Erde bedroht.

Meeresspiegel werden durch Versalzung, Überflutungen, Stürme, Erosionen und andere Küstengefahren steigen. Dies ist vor allem eine Bedrohung für Gemeinschaften, die auf Inseln leben. Von Zerstörung bedroht sind Subsistenzlandwirtschaft und kommerzielle Produktion.

In den dicht besiedelten Anrainergebieten von **Ganges, Mekong und Nil** kann ein Ansteigen des Meeresspiegels um einen Meter 23,5 Millionen Menschen betreffen und die Fläche, die derzeit landwirtschaftlich genutzt wird, um 1,5 Millionen Hektar verringern.

Viele Menschen werden nicht in der Lage sein, weit genug vor den ne-



Foto: © Dieter Schütz/PIXELIO

gativen Auswirkungen des Klimawandels zu fliehen, es sei denn, sie erhalten Unterstützung.

Migration funktioniert nicht ohne finanzielles, soziales und politisches Kapital, über das die am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen häufig nicht verfügen. Fallstudien zeigen an, dass ärmere Umweltmigranten sich am Ziel in ebenso prekären Umständen wiederfinden wie zuvor in ihrer Heimat.

Klimawandel verhindern, Widerstandsfähigkeit stärken!

Um mit der Bedrohung umzugehen, die klimabedingte Migration für die menschliche Sicherheit darstellt, brauchen wir neues Denken und neues praktisches Handeln. Dies beginnt nach wie vor bei den größtmöglichen Anstrengungen zur Verhinderung des Klimawandels.

Gelingt nicht bald eine internationale Einigung, werden wir mit beinahe absoluter Sicherheit jegliches sichere Emissionsszenario überschreiten.

Für die zukünftigen Generationen bedeutet das, in einer wesentlich gefährlicheren Welt leben zu müssen, in der klimabedingte Migration und Vertreibung in großem Ausmaß unvermeidbar werden. Wenn sich der Verlust von Lebensgrundlagen nicht (mehr) vermeiden lässt, müssen Würde und Grundrechte der Vertriebenen geschützt werden. Reißerische Warnungen dürfen nicht dazu führen, dass reaktionäre politische Maßnahmen getroffen werden, die Wanderungen von „Umweltflüchtlingen“ ohne Rücksicht auf ihr Wohlergehen blockieren.

Weniger Menschen werden zur Flucht gezwungen sein, wenn in ihre **Widerstandsfähigkeit** investiert wird. Dies bedeutet, ihre Fähigkeit zu stärken, sich auf die Auswirkungen des Klimawandels einzustellen. Dies bedeutet substantielle Investitionen in:

- Ortsabhängige Anpassungsmaßnahmen, darunter beispielsweise sparsame Bewässerungssysteme oder differenziertere Einkommensquellen
- Stärkung von Frauen und anderen marginalisierten Gruppen

- Einschließende, transparente und rechenschaftspflichtige Planung von Anpassung mit effektiver Teilnahme von besonders verwundbaren Bevölkerungsgruppen

Schwerpunkt auf verwundbare Bevölkerungsgruppen

Verhandlungen im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention beschäftigen sich im Moment damit, wie ausreichend finanzielle Mittel für die Anpassung in Entwicklungsländern aufgebracht und verwaltet werden können. Das sind wichtige Fragen.

Allerdings ist es genauso wichtig festzulegen, durch welche Kanäle die Mittel verteilt werden, damit sie die Menschen erreichen, die Hilfe am meisten benötigen.

Objektive Kriterien für die Bewertung von Gefährdung durch negative Folgen des Klimawandels sollten entwickelt werden – darunter auch das Risiko für Menschen, vertrieben zu werden. Trotz aller Bemühungen wird Migration eine wichtige Anpassungsstrategie an den Klimawandel bleiben.

Dies muss anerkannt und ermöglicht werden, zB durch eine Vereinfachung der Auslandsüberweisungen für MigrantInnen oder durch menschenrechtskonforme Umsiedlung von Bevölkerungsgruppen in tiefliegenden Küstenregionen oder auf kleinen Inselstaaten.

Bestehende Mechanismen für die Finanzierung von Anpassung, die auf freiwilligen Beiträgen basieren, sind gescheitert.

Deshalb müssten zukünftige Abkommen der Klimarahmenkonvention bindende Zusagen von denjenigen Ländern beinhalten, die in der Vergangenheit bereits viel CO₂ ausgestoßen haben.

Rechtsschutz für Umweltflüchtlinge

Die einzigartigen Herausforderungen des Klimawandels müssen in Normen und rechtliche Instrumente umgesetzt werden, die Vertreibung und Migration thematisieren, zum Beispiel:

- Verschwindende Staaten und nicht länger existenzfähige Gebiete: Im Gegensatz zu Menschen, die durch Konflikte oder Verfolgung vertrieben werden und eines Tages wieder heimkehren könnten, benötigen die durch Folgen des Klimawandels vertriebenen Menschen eine dauerhafte Umsiedlung.
- Unwiderruflich verschlechterte Lebensbedingungen: Klimawandel wird einige Fälle zur Folge haben, die nicht in die Unterscheidung von freiwilliger und erzwungener Migration einzuordnen sind. Zurzeit werden Menschen, die wegen der zunehmend schwierigen Lebensbedingungen ihre Heimat verlassen, noch als freiwillige wirtschaftliche Migranten eingestuft. Dadurch wird ihnen das Recht auf besonderen Schutz verweigert.

Um derartigen Herausforderungen angemessen zu begegnen, müssen die verantwortlichen Akteure über klare Richtlinien für den Rechtsschutz von UmweltmigrantInnen verfügen. **Institutionen**, die mit dem Schutz der Grundrechte von MigrantInnen und Vertriebenen befasst sind, sind bereits jetzt unterfinanziert und überlastet. Der Klimawandel wird diese Last noch verstärken und den Schutz in der Praxis noch schwieriger umsetzbar machen. Die internationale Gemeinschaft muss deshalb weitreichende Diskussionen darüber führen, wie sie ihre Pflicht des Schutzes von Migranten und Vertriebenen vor dem Hintergrund von radikalen Umweltveränderungen erfüllen kann. ■

Dr.ⁱⁿ Koko Warner
United Nations University; Institute for Environment
and Human Security

E: warner@ehs.unu.edu
<http://www.ehs.unu.edu/>

Artikel basierend auf der Studie Warner, K., Erhart, C., de Sherbinin, A., Adamo, S.B., Onn, T.C. 2009. "In search of Shelter: Mapping the effects of climate change on human migration and displacement." A policy paper prepared for the 2009 Climate Negotiations. Bonn, Germany: United Nations University, CARE, and CIESIN-Columbia University and in close collaboration with the European Commission "Environmental Change and Forced Migration Scenarios Project", the UNHCR, and the World Bank. Translation in second edition "Obdach gesucht: Auswirkungen des Klimawandels auf Migration und Vertreibung".

Nach Kopenhagen ist Klimapolitik erst recht Friedenspolitik



Nach Kopenhagen steht jetzt auch der wichtige Aspekt der Klimasicherheit in einem neuen weltpolitischen Kontext. Zusammen mit den wirtschafts-, handels-, und entwicklungspolitischen Querschnittsaspekten des Klimawandels könnte er in seinem Konflikt-, aber auch Kooperationspotenzial zentral für die Beziehungen zwischen Staaten und die Herausbildung neuer globaler Governance-Strukturen werden. Von **Martin Kremer, M.C.L.**

Der Ausgang des Klimagipfels in Kopenhagen war ein herber Rückschlag für die EU. Von den Staaten der südlichen Halbkugel wegen der schlechten Regie beschimpft und von den USA und den von China angeführten Schwellenländern bei den entscheidenden Verhandlungen übergangen, hat die EU ihr großes Ziel eines bindenden Klimaabkommens verfehlt.

Neue innovative Allianzen der EU mit den Entwicklungs- und Schwellenländern tun Not, um das in Kopenhagen verloren gegangene Vertrauen für die weiteren Klimaverhandlungen zurückzugewinnen

Von Dafur bis in die Arktis: Herausforderungen der 3°C-Welt

Bleibt es beim Kopenhagen Akkord, rückt eine 3-4°C-Welt in den Bereich des Denkbaren. Schon heute steht außer Frage, dass der Klimawandel nachhaltige Auswirkungen auf die internationale Sicherheit hat. Der Bürgerkrieg in Darfur steht dafür, wie der Klimawandel zum Risikoverstärker und Risikoezeuger werden kann. Die Gefahr der Gletscherabschmelze im Himalaja unterstreicht die hohe Verletzlichkeit dichtbevölkerter Landstriche, das Freiwerden der Nordwestpassage in der Arktis die Anzeichen eines neuen Wettlaufes um Ressourcen.

In einer 4°C Welt würden sich diese Gefahren des Klimawandel – Wassermangel und Dürre, Mangel an Nahrungsmitteln und Meeresspiegelanstieg in Ballungsgebieten, Migration – verschärfen.

Die gute Seite ist aber auch: die Anpassung an den Klimawandel und der Aufbau eines kohlenstoffarmen Entwicklungspfades bietet ein erhöhtes Kooperationspotenzial.

Für die EU tun sich auch in dieser Perspektive neue strategische Beziehungen zu den Entwicklungs- und Schwellenländern auf.

Neuer geopolitischer Kontext

Krisenpräventive Klimapolitik steht seit Kopenhagen in einem geopolitischen und damit sicherheitspolitischen Kontext. Befürchtungen über eine „G2“ aus China und den USA kursierten schon vor dem Klimagipfel. In Kopenhagen sind dann China, Indien, Brasilien und Südafrika erstmals als so genannte „BASIC“-Gruppe aufgetreten. In dieser multipolaren Konstellation ist offenbar geworden, dass sowohl die USA als auch China schwierige Partner bleiben werden.

Präsident Obama war mit dem klaren Ziel nach Kopenhagen gekommen, Vorfestlegungen der im US-Kongress anhängigen Klimaschutzgesetzgebung nicht zu gefährden. Die chinesische Führung war nur zu freiwilligen Zusagen zur Energieeffizienzsteigerung bereit und wollte im Übrigen ihre nationale Souveränität wahren. Die EU war auf diese machtpolitische Auseinandersetzung, in der es auf Verhinderungsmacht und Allianzen ankam, nicht vorbereitet.

Europa muss in dieser weltpolitischen Konstellation sein Kooperationsmodell besser aufgestellt vertreten. Klimapolitik als integraler Bestandteil von Krisenprävention kann hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten. Die Schaffung des Europäischen Auswärtigen Dienstes bietet eine historische Chance, die aktualisierte europäische Sicherheitsstrategie mit ihrer Einstufung des Klimawandels als „threat multiplier“ eine gute Grundlage. Die EU muss einerseits – neben ihrer Kooperation mit den USA – Allianzen

mit den Entwicklungsländern bilden. Natürliche Verbündete der EU im internationalen Klimaprozess sind die ärmeren Entwicklungsländer und kleinen Inselstaaten. Ihnen kann die EU – gerade unter dem krisenpräventiven Gesichtspunkt – mit großzügigen Finanzhilfen zur Klimaanpassung ein attraktives und glaubwürdiges Angebot machen. Andererseits muss die EU – gerade im Hinblick auf aufsteigende Weltmächte – die Herausforderung zum „grünen Modernisierungswettlauf“ annehmen.

Wenn es stimmt, ging es den Chinesen in Kopenhagen nicht um die Verhinderung von Klimaschutz, sondern um wirtschaftliche Macht und Marktführerschaft bei Umwelttechnologien.

Hier könnte die EU deshalb unter dem klimasicherheitspolitischen Aspekt, neben vielem anderen, eine vertrauensbildende Zusammenarbeit in Afrika und Zentralasien anbieten – zB in der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wasserressourcen, zumal China dort auch starke Investitionsinteressen im Energiebereich hat. ■

*Martin Kremer, Senior Fellow der
Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin*

*E: martin.kremer@swp-berlin.org
www.swp-berlin.org/*

Der Artikel gibt ausschließlich die persönliche Auffassung des Autors wider.

Die **SWP, Stiftung Wissenschaft und Politik** ist eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung, die auf der Grundlage eigener, praxisbezogener Forschung den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung in allen Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik berät.

Klimawandel und Armut: Das Rezept für eine unsichere Zukunft



Die verheerenden Auswirkungen von Dürren oder extremen Regenfällen sind nur ein Teil der Folgen des Klimawandels unter denen Menschen zu leiden haben. Es sind vor allem die ökonomischen, sozialen und politischen Umstände, unter denen sie leben, die sie besonders anfällig für klimatische Veränderungen machen.

Von **Mag. Andreas Zahner**

Bahiyaa Salaam ist verzweifelt: „Letztes Jahr hat die Überschwemmung unsere gesamte Ernte zerstört“. In ihrem Dorf Rayerchar-Mollapara im Norden von Bangladesch herrscht große Aufregung. Es wird befürchtet, dass auch heuer die Ernte weit unter den Erwartungen bleiben wird.

Die letzten Jahre waren gekennzeichnet durch ungewöhnlich heftige Regenfälle, gleichzeitig waren die Trockenzeiten ausgedehnter.



„Dadurch brauchen wir sehr viel mehr Wasser für die Bewässerung unserer Felder“. Die Erträge sinken, für die BewohnerInnen im Dorf bedeutet das Hunger über viele Wochen im Jahr.

Die Männer müssen zeitweilig ihre Familien verlassen und in nahegelegene Städte abwandern, um Geld zu verdienen. Die Frauen bleiben zurück und müssen als Alleinerzieherinnen die schwierigen Lebensbedingungen meistern.

Folgen des Klimawandels bereits massiv spürbar

Veränderte Regenzeiten wie in Rayerchar-Mollapara sind längst kein Einzelfall mehr. Global gesehen sind die Folgen des Klimawandels schon heute massiv spürbar:

- Wasserknappheit und Rückgang der Ernteerträge in zahlreichen afrikanischen Ländern
- Zunahme von extremen Stürmen und Niederschlägen
- Zunahme von Migration aufgrund von veränderten Umweltbedingungen.

Die Auswirkungen des Klimawandels treffen die ärmeren Länder heftiger als die reicheren und innerhalb der Länder die jeweils ärmsten Bevölkerungsgruppen am stärksten.

Sie haben kaum Mittel, um sich an die veränderten Bedingungen anzupassen – und das, obwohl sie am wenigsten zum Problem beigetragen haben. Frauen und Mädchen sind oft besonderes betroffen, sie werden in vielen Gesellschaften diskriminiert, ihre Bedürfnisse werden wenig berücksichtigt.

Human Security: Ein personen-zentriertes Sicherheitskonzept

Die Auswirkungen des Klimawandels haben gravierende Konsequenzen für alle Aspekte von Entwicklung und „Menschlicher Sicherheit“. Menschliche Sicherheit (Human Security) beschreibt ein 1994 vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) erarbeitetes Konzept, das den bisher staatszentrierten Ansätzen einen personen-zentrierten Ansatz entgegenstellt.

Laut diesem Konzept kann Stabilität in einer Gesellschaft nicht erreicht werden, solange die Menschen nicht von verschiedenen Bedrohungen frei sind.

Der Begriff „Sicherheit“ wird aus Sicht des „Human Security“-Konzeptes sehr

weit gefasst. Menschliche Sicherheit ist demnach erst erreicht, wenn „Freiheit von Furcht“ und „Freiheit von Mangel“ gegeben ist und soziale und wirtschaftliche Grundbedürfnisse wie Ernährungssicherheit erfüllt sind.

Klimawandel eindämmen

Um die vielfältigen Bedrohungen, die der Klimawandel für die Sicherheit von Menschen bedeutet, in den Griff zu bekommen, werden neue Denkweisen und praktische Ansätze benötigt. Dabei müssen die folgenden Handlungsverpflichtungen auf allen Ebenen beachtet werden.

Um die globale Erderwärmung in diesem Jahrhundert möglichst weit unter 2° Celsius zu halten, müssen industrialisierte Länder ihre Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent absenken (im Vergleich zu 1990).

Auch Schwellenländer müssen den Anstieg von Emissionen massiv einbremsen, mit technologischer Unterstützung aus reichen Industrieländern. Diese Emissionsziele erscheinen aus heutiger Sicht noch erreichbar.

Falls es uns jedoch nicht gelingt, ein sicheres Emissionsszenario einzuhalten, bedeutet das für zukünftige Generationen, in einer wesentlich gefährlicheren Welt leben zu müssen, in der z.B. klimabedingte Migration in großem Ausmaß stattfinden würde.

Selbst wenn die Weltgemeinschaft die ambitionierten Emissionsziele einhalten kann, müssen wir mit einer beträchtlichen Erderwärmung in diesem Jahrhundert rechnen.

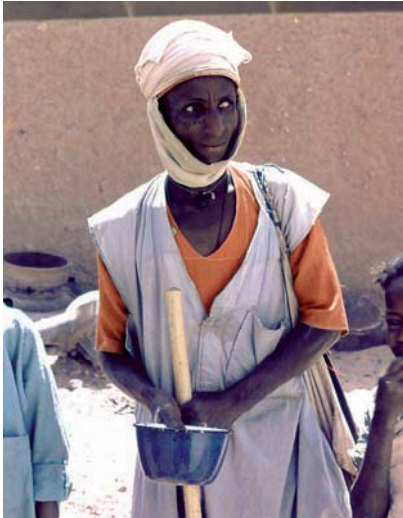


Foto: © Detlev Beutler/PIXELO

Investitionen in Katastrophenvorsorge rettet Menschenleben, verhindert, dass Menschen in extremer Armut ihr letztes Hab und Gut verlieren und ist obendrein sehr „effizient“: Jeder Euro, der in Klimawandelanpassung und Katastrophenvorsorge investiert wird, spart vier Euro für Katastrophenhilfe

Migration in Anpassungsstrategien mit einbeziehen

Schätzungen gehen von bis zu 200 Millionen Menschen aus, die aufgrund von Klimaveränderungen ihre Heimat verlassen müssen.

Die meisten werden Zuflucht im eigenen Land suchen. Diese Menschen und die betroffenen Länder benötigen dringend Unterstützung – in finanzieller Hinsicht genauso wie etwa beim Aufbau von notwendigen Institutionen zur Betreuung der MigrantInnen.

Lücken schließen

Die Auswirkungen des Klimawandels werden auch bestehende Normen und rechtliche Instrumente vor extreme Herausforderungen stellen. Ein Beispiel dafür ist der Inselstaat Tuvalu im pazifischen Ozean: Es ist zu befürchten, dass die 12.000 EinwohnerInnen von Tuvalu allein aufgrund des Anstiegs des Meeresspiegels in den nächsten Jahren ihre Heimat verlassen müssen.

Das ist eine bis dato noch nie dagewesene Situation: Ein ganzer Staat verschwindet!

Wie müssen Rahmenbedingungen für Migration überhaupt gestaltet sein, um die Be-

wahrung der Geschichte, Kultur und Sprache der Bevölkerung von Tuvalu zu ermöglichen?

Nach den enttäuschenden Ergebnissen der Klimaverhandlungen in Kopenhagen, scheint es zurzeit, als würde der Verhandlungsprozess auf UN Ebene ins Stocken geraten.

Der Klimawandel mit seinen Auswirkungen ist deshalb aber leider nicht von der Bildfläche verschwunden. Im Gegenteil, rasches Handeln ist dringlicher denn je, um seine Auswirkungen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten möglichst gering zu halten.

Mag. Andreas Zahner ist Experte für Ernährungssicherheit und Klimawandel-Anpassung

CARE zählt zu den weltweit größten unabhängigen internationalen Hilfsorganisationen. 14.500 MitarbeiterInnen sind in über 70 Projektländern tätig. Die Folgen des Klimawandels und Anpassungsmechanismen sind ein zentrales Thema in der internationalen Arbeit der Organisation.

E: andreas.zahner@care.at
http://www.care.at

Es müssen jetzt rasch Maßnahmen gesetzt werden, um für die Betroffenen Anpassungsmaßnahmen an die veränderte Rahmenbedingungen zu ermöglichen.

In Klimawandel-Anpassung investieren

Schätzungen⁵ gehen von einem jährlichen Finanzbedarf für die dringenden Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern von 40 Milliarden EUR aus. Diese Gelder müssen zusätzlich zu bestehenden Finanzierungszusagen (wie etwa der Entwicklungshilfe) bereitgestellt werden.

„Anschubfinanzierung“ für Klimaschutz und Anpassung in Entwicklungsländern wie sie für den Zeitraum 2010 bis 2012 von Seiten der EU (7,2 Mrd. EUR) und auch von der Österreichischen Regierung (120 Mio EUR) beim EU Gipfel im Dezember letzten Jahres bereits zugesagt wurden, muss raschest bereitgestellt werden.

Priorität für die besonders betroffene Bevölkerung

Es braucht internationale, rechtlich verbindliche Mechanismen, die sicherstellen, dass Anpassungsgelder tatsächlich den Frauen und Männern, die am stärksten betroffen sind, zugute kommen.

Frauen und andere benachteiligte Gruppen müssen gestärkt werden um sicherzustellen, dass sich die Betroffenen aktiv in Entscheidungsprozesse auf allen Ebenen – von lokal bis international – einbringen können.

Anzeige

SIE HAT die KRAFT ihre Welt zu verändern. DU HAST die CHANCE ihr dabei zu helfen.

care
www.care.at

I am powerful

Frauen produzieren die Hälfte der Nahrungsmittel weltweit, besitzen aber nur 2% der Anbauflächen.

Frauen sind in vielen Gebieten der Welt der Macht auf wirtschaftliche Unabhängigkeit verwehrt.

CARE verhilft jährlich über 50 Millionen Frauen, eine durch Würde, zu einer selbständigen Existenz.

Mit Ihrer Unterstützung können wir uns weiterhin für Frauen einsetzen.

Denn sie haben die Kraft, die Armut zu bekämpfen und damit die Welt zu verändern.

Spenden: PSK 1.236.000

Nahrungsmittelsicherheit und Wasserversorgung: eine Geschichte über Böden



Europa ist ein Kontinent der Extreme. In einigen Regionen wie den Alpen lebt die Bevölkerung buchstäblich auf „Bergen von Wasser“ – in anderen Regionen wie zB Zypern ist ein ganzjährig wasserführender Fluss ein zunehmend seltenes Phänomen. Die Kluft zwischen diesen Extremen wird sich durch den Klimawandel noch verstärken, meinen die meisten WissenschaftlerInnen.

Von **Pieter de Pous, MSc**

Mit Unsicherheiten umgehen können

Die politische Reaktion auf den Klimawandel ist in ganz Europa verblüffend ähnlich: EntscheidungsträgerInnen wollen ganz genau wissen, was uns erwartet, und eine Studie nach der anderen wird zu diesem Thema veröffentlicht.

Nur, leider – alle Studien kommen letztendlich zu dem selben Schluss: EntscheidungsträgerInnen müssen lernen, mit und trotz der Unsicherheit zu planen.

Verwundbarkeiten reduzieren

Der sicherste Weg, mit Unsicherheiten umzugehen, ist die Verminderung von Störanfälligkeiten und Risiken. Nehmen wir das Beispiel Spanien: die Wirtschaft des Landes hängt in großem Ausmaß von zwei Sektoren ab, die in den vergangenen Jahrzehnten einen großen Teil der spanischen Wasserressourcen konsumiert haben: der Tourismus und die bewässerungsintensive Landwirtschaft.

Die Wirtschaftskrise und der noch immer zunehmende Wasserverbrauch haben Spanien in eine sehr verwundbare und zunehmend ausweglose Situation gebracht.

Der einzige Ausweg ist eine drastische Reduzierung des Wasserverbrauchs im Tourismussektor und in der Landwirtschaft. Dies wird kurzfristig sehr schmerzhaft sein, langfristig aber die Widerstandskraft Spaniens für zukünftige Herausforderungen sicherstellen – seien sie nun wirtschaftlicher oder ökologischer Natur.

Gesunde Ökosysteme entscheidend

Das Beispiel Spaniens zeigt deutlich wie wichtig gesunde Ökosysteme sind und wie sie zur Verminderung potentieller Auswirkungen von Naturkatastrophen beitragen, denn belastbare Ökosysteme sind weniger anfällig.

In die Gesundheit und Funktionalität von Ökosystemen zu investieren heißt, in Sicherheit zu investieren!

Um die Widerstandsfähigkeit der Ökosysteme in Europa zu erhalten hat die Europäische Union eine ganze Reihe von Umweltpolitiken beschlossen. Im Fall von Wasser ist dies die Wasserrahmenrichtlinie.

Ein Puzzlestein fehlt: Kein EU-Schutz für Böden

In der Gesamtarchitektur der Europäischen Umweltpolitik fehlt aber ein wichtiger Puzzlestein: der Schutz der Böden. Wie wichtig Böden für die Wasser- und Nahrungsmittelsicherheit sind wird oftmals übersehen.

Im Gegensatz zum Wasserkreislauf braucht die Entwicklung eines Bodens sehr lange - im Durchschnitt 500 Jahre für 2 cm - man kann hier also nicht wirklich von einer erneuerbaren Ressource sprechen.

Durch den sorglosen Umgang der EuropäerInnen mit ihren Böden schreitet der Verlust des Rohstoffs Boden in alarmierender Geschwindigkeit voran.

Europas Böden in schlechtem Zustand

Die meisten Böden in Europa setzen derzeit eher CO₂ frei als dass sie es binden – sie sind also CO₂Quellen und keine Senken.

Die Fruchtbarkeit der Böden verschlechtert sich rapide, was nur deshalb nicht offensichtlich ist, da mineralische Dünger derzeit noch billig sind.

Sobald jedoch der Ölpreis wieder steigt – und früher oder später ist dies anzunehmen – wird die Verletzbarkeit der europäischen Landwirtschaft deutlich sichtbar werden.

Auch Österreich ist gegen eine europäische Regelung

Die Europäische Kommission hat die entscheidende Rolle, die Böden – unter anderem – für die Ernährungssicherheit haben, erkannt. Bereits 2006 hat sie einen Richtlinienvorschlag für den Schutz der Böden vorgelegt.



Foto: © Julia Schäfer/PIXELIO



Foto: S. Steinbauer

nents das vollständige Fehlen langfristiger Strategien. Kurzfristige Nationale Interessen bestimmen den Inhalt der Verhandlungspositionen.

Was zu tun wäre

Für die EU gibt es nur einen Ausweg der am Ende nicht noch zu größeren Problemen führen wird:

Subventionen für umweltschädliche Aktivitäten müssen abgeschafft werden, solange diese nicht der sozialen Abfederung von Übergangsproblemen dienen. Investitionen in den Schutz von Europas Ökosystemen und deren Komponenten Boden, Wasser, Biodiversität und Luft müssen dringend vorangetrieben werden.

Konkret bedeutet dies für die Mitgliedstaaten der EU:

- Annahme von Programmen nach der Wasserrahmenrichtlinie, die bis 2015 den Großteil ihrer Wasserressourcen in guten ökologischen Zustand bringen.
- Zustimmung zur Annahme der Richtlinie Bodenschutz und Annahme ambitionierter Biodiversitätsziele bis 2020
- Zurückfahren der Ziele für Biokraftstoffe und Bioenergie ■

Pieter de Pous,
Europäisches Umweltbüro EEB

E: pieter.depous@eeb.org
www.eeb.org

Es ist eine Ironie, dass ausgerechnet die großen Agrarorganisationen aus EU-Ländern wie Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien und Österreich sich als erbittertste Gegner dieser Richtlinie erwiesen. Bis heute – 2010! – stocken die Verhandlungen der Agrarminister zu diesem Thema.

Langfristiges Denken ist nicht erwünscht

Es ist sehr beunruhigend, dass es auf EU Ebene derzeit nicht möglich scheint gemeinsam eine lebenswichtige Ressource zu schützen. besonders auch im Hinblick darauf, dass es nicht in allen Mitgliedstaaten nationale Gesetze für den Bodenschutz gibt.

Noch beunruhigender ist es, wenn man daran denkt, mit welchem Enthusiasmus die meisten EU-Länder die neue EU-Politik zu Bioenergie begrüßt haben. Eine Politik, die neue, subventionierte Absatzmöglichkeiten für LandwirtInnen schafft und neue Anreize dafür gibt, Europäischen Boden- und Wasserressourcen sogar noch vermehrt auszubeuten.

Gerade in diesem entscheidenden Moment, in dem Europa einen Weg aus den wirtschaftlichen Problemen sucht – neue Wirtschaftliche Aktivitäten und neue Quellen des Wohlstandes finden muss – genau in diesem Moment demonstrieren die politischen FührerInnen dieses Konti-

*Sie haben Anregungen, Kritik oder Lob zu vergeben?
Sie möchten einen Artikel kommentieren?
Schreiben Sie uns!
Wir freuen uns auf Ihre Nachricht!
E-Mail: office@eu-umweltbuero.at*

Impressum: Eigentümer und Herausgeber:
Umweltdachverband

Alser Straße 21, 1080 Wien, Austria

Für den Inhalt verantwortlich: EU-Umweltbüro im
Umweltdachverband, Alser Straße 21, 1080 Wien

E: office@eu-umweltbuero.at

www.eu-umweltbuero.at

Redaktion: Mag^a. Veronika Haunold, Mag^a Christiana Griesbeck

Layout: Katharina Kammerzelt

Druck: Donau Forum Druck Ges.m.b.H., 1230 Wien

gedruckt nach der Richtlinie des Österreichischen Umweltzeichens
„schadstoffarme Druckerzeugnisse“

Copyright Titelbild: © Renate Franke/PIXELIO

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.



Gefördert aus Mitteln des
Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft,
Umwelt und Wasserwirtschaft



